

**//Interparlamentarische Konferenz über die strategische wirtschaftliche Autonomie
der Europäischen Union//**

Montag, 14. März 2022##

- Vorsitz von Frau Sophie Primas, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Senats der
Französischen Republik -

Die Versammlung wird um 9.00 Uhr eröffnet.

**Frau Sophie Primas, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Senats der
Französischen Republik**, begrüßt im Namen des Vorsitzenden Gérard Larcher alle
Delegationen und heißt sie im Plenarsaal des französischen Senats willkommen.

Frau Sophie Primas betont, dass die Debatten unter dem Blickwinkel von zwei
bedeutenden Akteuren der französischen und europäischen Geschichte, Karl dem Großen und
St. Ludwig, und unter dem Blickwinkel herausragender Juristen, die die Grundlagen des
französischen Rechts gelegt haben, stattfinden werden.

Sie erinnert an die Prophezeiung von Victor Hugo, einem Dichter, Schriftsteller
und engagierten Politiker, der in diesem Saal seinen Sitz hatte: „Im zwanzigsten Jahrhundert
wird es eine außergewöhnliche Nation geben... Sie wird Europa heißen“. Er sagte: „Krieg ist
der Krieg der Menschen; Frieden ist der Krieg der Ideen“. So entstehe der Frieden aus der
Debatte und der Konfrontation von Ideen.

Vor dem Friedenskongress am 21. August 1849 erklärte Victor Hugo: „Es wird
der Tag kommen, an dem es keine anderen Schlachtfelder mehr geben wird als die Märkte,
die sich dem Handel öffnen, und die Köpfe, die sich den Ideen öffnen. Es wird der Tag
kommen, an dem die Kanonenkugeln und Bomben durch Abstimmungen ersetzt werden,

durch das allgemeine Wahlrecht der Völker, durch den ehrwürdigen Schiedsspruch eines großen souveränen Senats...“. Heute sei es an den Parlamentariern der Länder der Europäischen Union, Victor Hugo Recht zu geben, indem sie durch die Konfrontation ihrer Ideen zum Frieden beitragen: Seine Worte hätten noch nie eine solche Bedeutung gehabt, während der Krieg zum ersten Mal seit Jahrzehnten an den Grenzen der Europäischen Union herrsche.

Frau Sophie Primas möchte mit einer Schweigeminute die Solidarität der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten mit der Ukraine, ihrer Regierung und ihrem Volk bekräftigen. Sie erinnert an das unverbrüchliche Bekenntnis der Europäer zur territorialen Integrität der Ukraine und bringt die tiefe Trauer der Europäischen Union angesichts dieser Kinder, Frauen und Männer zum Ausdruck, die jeden Tag unter Bomben und Beschuss sterben, Opfer eines Krieges, den sie nicht gewählt hätten.

(Herr EU-Kommissar, die Mitglieder der Interparlamentarischen Konferenz erheben sich von ihren Plätzen und legen eine Schweigeminute ein.)

Die Rednerin erläutert die Gründe für die Wahl der „strategischen wirtschaftlichen Autonomie“ als Arbeitsthema. Die Covid-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben uns vor Augen geführt, wie sehr die „Fähigkeit, eigenständig zu handeln und zu entscheiden, wann, in welchen Bereichen und mit welchen Partnern gehandelt werden soll“, also die strategische Autonomie, für unseren Kontinent, der schon immer eine treibende Kraft der Globalisierung wäre, ein unumgängliches Gebot bleibe.

Seit 2020 habe die Europäische Union die strategische Autonomie zu einer ihrer Leitlinien beim Wiederaufbau der „Post-Covid“-Wirtschaft gemacht. Durch den Aufbauplan, die Überarbeitung verschiedener Strategien und die noch ausstehende Verabschiedung von

Verordnungen und Richtlinien, die auf die Sicherung unserer Versorgung oder die Verringerung unserer Abhängigkeit von externen Quellen abzielen, bestehe heute kein Zweifel mehr daran, dass die strategische wirtschaftliche Autonomie auf der Tagesordnung stehe.

Es handele sich nicht um eine Modeerscheinung, sondern um einen drastischen Wendepunkt, den der Krieg in der Ukraine wahrscheinlich nun unumkehrbar gemacht habe. In der Welt danach - nach Covid-19 und nach dem Einfall in die Ukraine - müssen strategische Autonomie und Globalisierung miteinander verbunden werden.

Frau Sophie Primas erinnert daran, dass das Konzept der strategischen Autonomie zunächst von einigen Mitgliedstaaten mit größter Zurückhaltung betrachtet wurde, da sie der Meinung waren, die Macht der Europäischen Union beruhe hauptsächlich auf ihrer *Soft Power*: ihren Markt, ihre Normen, ihre Werte, ihre Fähigkeit, sich in eine Globalisierung einzufügen, deren treibende Kraft sie sein wollte.

Sie stellt auch fest, dass Souveränität in Europa lange Zeit ein verbanntes Konzept war, das oft mit dem Souveränismus in Verbindung gebracht wurde, d. h. mit nationalen und antieuropäischen Bewegungen, die als Reaktion auf die Auswirkungen der Globalisierung ausgelöst würden. So wäre lange Zeit niemand auf die Idee gekommen, dass eine „europäische Souveränität“ denkbar wäre. In diesem Zusammenhang stellt die Rednerin fest, dass sich die Mentalität im Laufe der Krisen mit beeindruckender Geschwindigkeit gewandelt habe.

Ihrer Meinung nach werde der Einfall in die Ukraine den Prozess des notwendigen Ausstiegs der Europäischen Union aus fossilen Energieträgern weiter beschleunigen, um ihre Abhängigkeit von russischem Öl und Gas zu verringern.

Sophie Primas räumt ein, dass nicht alle Vorbehalte gegenüber der strategischen Autonomie ausgeräumt worden seien und dass die Verbindung mit der Konsolidierung des Binnenmarkts und einer offenen Handelspolitik nicht selbstverständlich sei.

Sie betont, dass die Freizügigkeit innerhalb der europäischen Grenzen und die Freihandelsabkommen mit Partnern außerhalb der Europäischen Union Ecksteine des europäischen Aufbauwerks sind, die zum Anstieg des Lebensstandards der europäischen Bürger und zur Innovation der Unternehmen beigetragen haben. Folglich, so räumt sie ein, würde das Streben nach strategischer wirtschaftlicher Autonomie, dem manchmal vorgeworfen worden sei, eine Einschränkung der Freizügigkeit zu beinhalten, zunächst als widersprüchlich zu dem wahrgenommen, was die DNA und die wirtschaftliche Stärke der Europäischen Union ausmache.

Sophie Primas betont, dass das Streben nach strategischer wirtschaftlicher Autonomie keine Rückkehr zum Protektionismus bedeute, weder innerhalb der nationalen noch der europäischen Grenzen; es ginge auch nicht darum, die Globalisierung, die immer enger werdenden Verbindungen der gegenseitigen Abhängigkeit und der menschlichen Bindungen in Frage zu stellen. Sie stelle einen gerechtfertigten Schutz vor Schwachstellen der Europäischen Union dar, sei es infolge einer zu starken Konzentration unserer Lieferanten oder der Versorgung mit kritischen Gütern, die für das reibungslose Funktionieren unserer Länder notwendig seien. Sie sei daher ein zentrales Element der Krisenfestigkeit der Europäischen Union.

Die Rednerin räumt ein, dass die Verknüpfung der Begriffe „strategische“ und „wirtschaftliche Autonomie“ noch immer etwas ungewöhnlich erscheinen möge und dass mancher die strategische Autonomie auf Fragen der Verteidigung und der Sicherheit beschränken wolle. Dies wäre ein Missverständnis der breiteren und umfassenderen

Reichweite der strategischen Autonomie, die sich eben auf die gesamte öffentliche Politik beziehe, insbesondere auf wirtschaftliche Fragen, wie das Beispiel des Krieges in der Ukraine schmerzhaft und heftig in Erinnerung rufe.

Frau Sophie Primas stellt fest, dass die Fragen, die sich aus der Vereinbarkeit des Ziels der wirtschaftlichen Autonomie mit anderen Zielen der öffentlichen Politik ergeben, nicht theoretischer Natur seien. Sie seien im Gegenteil sehr konkret: werde die Europäische Union beispielsweise im Energiebereich im nächsten Winter ohne den Einsatz von Schiefergas auf russisches Gas und Öl verzichten können? Werde die Wende zugunsten „aller erneuerbaren Energien“ die Europäische Union nicht in eine Abhängigkeit von Ländern bringen, die seltene Erden produzieren und deren Umwelt- und Sozialstandards weit von den europäischen Normen entfernt sind? Sollte man angesichts dessen der Kernenergie einen neuen Platz im europäischen Energiemix einräumen?

Frau Sophie Primas erinnert daran, dass der Krieg in der Ukraine eine große Nahrungsmittelkrise im Maghreb und in Afrika werde auslösen können, und fragt sich, inwiefern das Ziel der strategischen wirtschaftlichen Autonomie unseren Zielen des ökologischen Wandels entgegenstehe oder sich mit ihnen verbinde. Sollten wir, so fragt sie, einige Bestimmungen der *Farm-to-Fork*-Strategie aussetzen oder unsere Getreideproduktion deutlich erhöhen?

Es gehe nicht darum, strategische wirtschaftliche Autonomie und Liberalismus gegeneinander auszuspielen, sondern darum, in jedem Bereich den richtigen Schwerpunkt zu finden. Um zu vermeiden, dass mit allzu allgemeinen Konzepten hantiert werde, die nichts mit der von den Wirtschaftsakteuren erlebten Realität zu tun haben, würden sich die Debatten daher auf drei sektorale „Fallstudien“ konzentrieren: der Aufbau zukunftsorientierter Industriezweige, die Energie und die Versorgung mit seltenen Erden sowie die Wahrung

unserer Ernährungssouveränität. Diese Beispiele seien nicht als Ersatz für einen übergreifenden Gesamtüberblick über unsere Schwachstellen gedacht, sondern sollen eine fundierte Diagnose unterstützen und den Europäern helfen, kohärente Lösungen zu wählen.

Frau Sophie Primas begrüßt die Anwesenheit von Herrn Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt, bei dieser ersten Sitzung. Er vertrete erfolgreich starke und ehrgeizige Initiativen zur Reindustrialisierung für die Europäische Union.

Herr Guillaume Pitron, ein französischer Journalist, der 2018 den vielbeachteten Essay *La Guerre des métaux rares. La face cachée de la transition énergétique et numérique* (*Der Krieg um seltene Erden. Die dunkle Seite der Energie- und Digitalwende*), werde in der zweiten Sitzung die dokumentierte Sicht eines Beobachters der aufkommenden Wirtschaftstrends darlegen, die unsere strategische Autonomie vor zahlreiche Herausforderungen stellen.

Herr Norbert Lins, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments, werde in der dritten Sitzung seine Erfahrungen als Parlamentarier in einem der wichtigsten Kompetenzbereiche der Europäischen Union schildern.

Frau Sophie Primas fordert alle Teilnehmer auf, sich vor Beginn der Debatte an die Worte Victor Hugos zu erinnern: Tatsächlich entstanden Frieden und Wohlstand durch die Konfrontation von Ideen. (*Applaus*)

Herr Roland Lescure, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Nationalversammlung der Französischen Republik, begrüßt alle Delegationen.

Die Frage nach der strategischen wirtschaftlichen Autonomie der Europäischen Union sei für Herrn Roland Lescure gleichbedeutend mit der Frage nach der Zukunft der

Europäischen Union und der Art und Weise, wie sich die alten Nationen, aus denen sie am äußersten Rand des riesigen eurasischen Kontinents bestehe, ihre Zukunft in der Welt von morgen vorstellen: Eine multipolare und instabile Welt; eine Welt, die von der Dynamik der Öffnung und Globalisierung angetrieben werde, aber auch von Identitätskrisen geprägt sei; eine multilaterale Welt, in der jedoch die Großmächte erneut in das internationale Spiel eingriffen; eine Welt, die sowohl Bedrohungen als auch Versprechungen mit sich bringe.

Viele Jahre lang haben wir kollektiv angenommen, dass die Welt unerschöpflich und von einem erobernden technischen Fortschritt angetrieben sei, dass die Wege zu Wohlstand und Wachstum allen - großen Staaten und kleinen Nationen, entwickelten und weniger entwickelten Ländern - auf unbestimmte Zeit offen ständen und dass es keine anderen Grenzen als die Arbeit und die Intelligenz der Menschen gäbe.

Der Redner erinnert daran, dass ein Bericht des Club of Rome aus dem Jahr 1972 bereits vor solchen Illusionen warnte: Die Welt sei begrenzt, ihre Ressourcen seien erschöpfbar, die Fähigkeit, eine kollektive Zukunft für die Europäische Union zu schaffen, die für uns und die kommenden Generationen wohlhabend und sicher sei, hänge von der Kontrolle über ihre Ressourcen ab, seien es Energie, Bodenschätze oder Nahrungsmittel.

In diesem ebenso wirtschaftlichen wie ideologischen und militärischen Wettbewerb stellt Roland Lescure das Auftreten neuer Akteure fest: China, Brasilien, Indien und andere. Diese Länder, die so groß wie ein Kontinent seien, verfolgen eigene Ziele, die legitim seien, aber nicht unbedingt mit denen Europas übereinstimmen. Er halte es daher für notwendig, sich vor jeglicher Naivität hinsichtlich der Hintergedanken unserer Partner, einschließlich unserer ältesten Freunde und Verbündeten, zu hüten.

Auch hier gelte, dass die Frage nach der strategischen wirtschaftlichen Autonomie der Europäischen Union unweigerlich auf die Frage nach ihrer Souveränität hinauslaufe, wie die Gesundheitskrise eindringlich gezeigt habe und wie der russische Einfall in die Ukraine auf gewaltsame Weise belege. Wenn Europa bei der Gasversorgung von Russland oder bei der Versorgung mit seltenen Erden von China abhängig sei, wenn es bei Lithium, Kobalt, Silizium oder Titan von staatlichen oder staatsähnlichen Akteuren abhängig sei, wenn es sich im Lebensmittelbereich nicht selbst versorgen könne, könne es sich dann wirklich als souverän bezeichnen?

Nach der Formulierung des Juristen Louis Le Fur sei Souveränität „die Eigenschaft des Staates, nur durch seinen eigenen Willen verpflichtet oder bestimmt zu sein, innerhalb der Grenzen des obersten Rechtsprinzips und in Übereinstimmung mit dem kollektiven Ziel, das zu erreichen, wozu er berufen ist“.

Wie könne man diesem „mächtigen Europa“, das noch immer nur der größte gemeinsame Nenner der Staaten sei, aus denen es sich zusammensetze, und das stattdessen zu seinem Vielfachen werden müsse, Gestalt verleihen? Wie Sophie Primas betont, stelle sich die Frage, wie diese Autonomie mit der Stärkung des Binnenmarkts und einer offenen Handelspolitik in Einklang zu bringen sei.

Herr Roland Lescure erinnert daran, dass der EU-Kommissar Paolo Gentiloni kürzlich die Frage gestellt hätte, wie sich Energieautonomie und Klimaschutzambitionen miteinander vereinbaren ließen. Er stellt fest, dass wir zur Verringerung unserer Abhängigkeit von russischem Gas verstärkt Flüssigerdgas kaufen, unsere Regasifizierungskapazitäten in unseren Ländern ausbauen und in einigen Fällen und für einige Staaten massiver auf Kohle zurückgreifen müssen; dies seien offene Fragen, schwer zu vereinbarende und manchmal widersprüchliche Ziele und Themen, die durch die heutigen Debatten näher untersucht

werden sollen. Er hoffe, dass dieser Austausch äußerst fruchtbar sein und dazu beitragen werde, die Antworten zu erarbeiten, die die Bürger der EU-Staaten von ihren Parlamentariern erwarteten. (*Applaus*)

Erste Sitzung – Strategische Autonomie in zukunftsorientierten Industriezweigen

- Vorsitz von Frau Sophie Primas, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Senats der Französischen Republik -

Frau Sophie Primas, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Senats der Französischen Republik, eröffnet die erste Sitzung, die der strategischen Autonomie in den zukunftsorientierten Industriezweigen gewidmet ist.

Sie erinnert daran, dass die Länder der Europäischen Union die Wiege der industriellen Revolution seien, die die europäischen Volkswirtschaften, Lebensweisen und Landschaften geprägt hätten, und ist der Ansicht, dass diese Länder stolz darauf sein könnten, dass sie rund 300 Jahre später immer noch über industrielle Akteure von Weltformat verfügten und jedes Jahr neue Technologien entwickelten. Ja, Europa sei von der Industrie geprägt.

Sie räumt ein, dass die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte das Verhältnis zur Produktion grundlegend verändert, die geografische Verteilung der Wertschöpfungsketten umgestaltet und häufig zu einem Rückgang der industriellen Tätigkeit geführt hätten, sei jedoch der Ansicht, dass die Industrie nach wie vor das Fundament der europäischen Volkswirtschaften bilde: Sie ermögliche die landwirtschaftliche Produktion, die Energieversorgung und das Funktionieren der digitalen Wirtschaft. Frau Sophie Primas begrüßt daher, dass die Industrie wieder als ein Thema von gemeinsamem Interesse für die europäischen Volkswirtschaften angesehen werde und dass sich die Zusammenarbeit

zwischen den Mitgliedstaaten in Bezug auf zukunftsorientierte Branchen und strategische Produkte entwickele.

Angesichts der Auswirkungen der Gesundheitskrise auf den Welthandel und die Organisation der Wertschöpfungsketten sowie der zunehmenden geopolitischen Spannungen ist die Rednerin der Ansicht, dass eine Industriepolitik, die auf Ehrgeiz, Kooperation, Innovation und Widerstandsfähigkeit beruhe, dringender sei denn je.

Sie begrüßt das Engagement der Europäischen Union für den Frieden und die beispiellosen Sanktionen gegen die russische Wirtschaft und betont die Notwendigkeit, die Abhängigkeit Europas von russischem Aluminium, Palladium, Titan und Kupfer für die Automobil-, Luftfahrt-, erneuerbare Energie- und Elektronikindustrie, zu begrenzen. Sie ist der Ansicht, dass der Stellenwert von russischem Gas in der europäischen Energieversorgung ebenfalls neu bewertet werden müsse, da der sichere Zugang zur Energie die Grundlage für die industrielle strategische Autonomie bilde; daher stelle der Ukraine-Konflikt einen Elektroschock zugunsten der strategischen Autonomie und der Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit dar.

Sie dankt schließlich dem für den Binnenmarkt zuständigen EU-Kommissar Thierry Breton für seine Anwesenheit, dessen Amtszeit von einer Erneuerung der europäischen Industriepolitik geprägt sei, insbesondere mittels der Anerkennung des Ziels der strategischen Autonomie, dem Beginn der Arbeit an strategischen industriellen Ökosystemen, einer Kartografie der strategischen Abhängigkeiten Europas oder ehrgeizigen Gesetzesvorschlägen zu Batterien und Halbleitern.

Herr Roland Lescure, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Nationalversammlung der Französischen Republik weist darauf hin, dass die Stärkung der

strategischen Autonomie der Industrie eine Priorität der französischen EU-Ratspräsidentschaft und der ab Mai 2021 aktualisierten Industriestrategie der Europäischen Kommission sei, um auf gesundheits- und geopolitische Krisen sowie auf die Herausforderungen der Digitalisierung und Dekarbonisierung zu reagieren. Er erinnert daran, dass am 13. Januar in Paris eine Ministerkonferenz zum Thema „Eine stärkere Industrie für ein selbständigeres Europa“ stattgefunden habe, der ein informeller Rat der für die Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Minister vorausgegangen sei, bevor am 24. Februar der offizielle Ministerrat stattgefunden habe.

Er ist der Ansicht, dass strategische Autonomie in zukunftsorientierten Industriezweigen bedeute, über ihre Identifizierung, die Erstellung einer diesbezüglichen Strategie und die Mittel nachzudenken, die eingesetzt werden sollten, um ihren Erfolg zu gewährleisten.

In Bezug auf die Definition von zukunftsorientierten Industriezweigen habe die Europäische Kommission eine starke Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten für 137 Produkte festgestellt, die von den vierzehn anfälligsten Industriezweigen verwendet würden, insbesondere im Gesundheitswesen und in energieintensiven Industrien; diejenigen, für die es nur wenige Möglichkeiten zur Diversifizierung oder Substitution gebe, müssten besonders berücksichtigt werden.

In Bezug auf die in jedem zukunftsorientierten Industriezweig umzusetzende Strategie ist Herr Roland Lescure der Ansicht, dass die Relokalisierung der gesamten oder eines Teils der Lieferkette und die Erhöhung der Produktionskapazitäten zwar in Betracht gezogen werden könnten, aber nicht immer möglich oder zweckmäßig seien.

Darüber hinaus müssten die bereitgestellten Mittel den Ambitionen entsprechen. So ermöglichen Wichtige Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) die Zusammenführung öffentlicher und privater Finanzmittel für strategische Projekte - zwei davon würden derzeit in den Bereichen Mikroelektronik und Batterien durchgeführt, und die französische EU-Ratspräsidentschaft solle die Entwicklung von vier weiteren derartigen Projekten in den Bereichen Wasserstoff, Gesundheit, Elektronik und *Cloud* beschleunigen.

Schließlich ist er der Ansicht, dass die europäische Solidarität entscheidend sein werde, um eine solide und nachhaltige Industriestrategie zu entwickeln: Die europäische Union habe zwar viele Trümpfe in der Hand, um einen starken Handel innerhalb der EU-Zone zu unterstützen, doch müsse sie auch ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Drittländern aufrechterhalten - ohne in Protektionismus zu verfallen - durch Regelungen, die auf mehr Gegenseitigkeit bei der öffentlichen Auftragsvergabe abzielen, und durch die Bekämpfung ausländischer Subventionen, die den Binnenmarkt beeinträchtigen würden. (*Applaus*)

Herr Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt, begrüßt die anwesenden Parlamentarier und dankt dem französischen Senat, seinem Präsidenten und Frau Sophie Primas für die Organisation einer Debatte, die für den europäischen Kontinent von entscheidender Bedeutung sei. Er betont den sehr düsteren Hintergrund, vor dem diese interparlamentarische Konferenz über industrielle Resilienz stattfindet, nämlich den Einfall in die Ukraine durch Wladimir Putins Russland, die zu einem wilden und grausamen Krieg vor den Toren der Europäischen Union geführt habe: Dies werde für die Europäische Union ein Moment der Wahrheit und eine Gelegenheit sein, die Werte der Demokratie und Solidarität, auf denen sie beruhe, noch stärker zu verteidigen. Tatsächlich nehme die Europäische Union mit dem größten jemals verabschiedeten Sanktionspaket, der einstimmig gewährten finanziellen und militärischen Unterstützung für die Ukraine und der Aktivierung eines

vorübergehenden Schutzmechanismus für Flüchtlinge ihre Verantwortung wahr und handele energisch, um Stabilität und Frieden wiederherzustellen.

Angesichts der grundlegenden Veränderungen der Weltordnung - Pandemien, explodierende Energiepreise, Versorgungsengpässe und Störungen bei den Versorgungsketten -, die eine neue Geopolitik der Wertschöpfungsketten schaffen, müsse die Europäische Union ihre Position als politische und wirtschaftliche Macht erneut überprüfen. Der Kurs, den die europäischen Staats- und Regierungschefs vergangene Woche in Versailles festgelegt haben - eine selbstbewusste europäische Souveränität und die notwendige Verringerung der Abhängigkeiten - setze voraus, dass die Verteidigungsfähigkeit gestärkt, die Energieabhängigkeit verringert und ein stärkeres, auf Gegenseitigkeit beruhendes Wachstums- und Investitionsmodell aufgebaut werde; die europäische Geschlossenheit gründe ihre Stärke darauf, günstige Kräfteverhältnisse herzustellen, die Wertschöpfungsketten zu beherrschen und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Manche glaubten, dass die Lieferketten als Folge einer glücklichen, wenn nicht gar seligen Globalisierung zugunsten des Verbrauchers unerschütterlich seien, doch diese vereinfachte Vorstellung hat sich zerschlagen: man brauche sich nur die Maskendiplomatie Chinas zu Beginn der Pandemie und Donald Trumps *America first* bei den Impfstoffen anzusehen, die den Europäern die Notwendigkeit signalisierten, ein für ihre 445 Millionen Bürger günstiges Kräfteverhältnis zu wahren.

Der Redner ist der Ansicht, dass die grüne und digitale industrielle Revolution auf zwei untrennbaren Voraussetzungen beruhe: zum einen auf der Beherrschung bahnbrechender Technologien in strategischen Bereichen wie Batterien, Wasserstoff, Halbleitern, Daten oder Cybersicherheit und zum anderen auf der Verringerung strategischer Abhängigkeiten. Es gehe keineswegs darum, ein autarkes Leben zu führen: Vielmehr müsse eine stärker ausgeprägte

Industriepolitik aufgebaut werden, die in der Lage sei, zu exportieren, und deren Zugang auf Regeln und Bedingungen beruhe, die insbesondere im *Digital Services Act* (DSA) und im *Digital Markets Act* (DMA) festgelegt worden seien.

Er erinnert daran, dass die Einbildung von Unternehmen ohne Fabriken dazu geführt hätte, dass wichtige Industrie- und Fertigungskapazitäten verloren gegangen seien, in den USA sogar noch mehr als in Europa, wie unsere Fähigkeit, die Impfstoffproduktion zu steigern, gezeigt habe. Herr Thierry Breton ist der Ansicht, dass die Lieferketten widerstandsfähiger sein und die Produktionskapazitäten erhöht werden müssten, insbesondere im Zusammenhang mit der Forschung und den neuen Digital- und *Software*-Technologien. Er räumt ein, dass eine solche Politik erhebliche Investitionen in Forschung und Innovation in Höhe von zusätzlichen 650 Milliarden Euro pro Jahr bis 2030 voraussetze, insbesondere zur Förderung der Dekarbonisierung: Neben den Aufbauplänen, die über das Programm *Next Generation EU* finanziert werden, müssten daher auch private Investoren auf den Kontinent angezogen werden.

Als Reaktion auf die neue Situation auf den Energiemärkten und auf Ersuchen des Europäischen Rates in Versailles werde die Europäische Kommission bis Ende Mai einen *REPowerEU*-Plan zur Begrenzung der Abhängigkeit von russischen Gas-, Öl- und Kohleimporten vorlegen: Bis Ende 2022 solle der Anteil von russischem Gas am europäischen Energiemix von 9 % auf 3 % gesenkt werden, insbesondere durch die Sicherstellung voller Reserven von 90 % bis zum kommenden Oktober und durch die Unterstützung der am stärksten abhängigen Mitgliedstaaten.

Herr Thierry Breton erinnert daran, dass die in den letzten zwei Jahren geschlossenen industriellen Bündnisse es bereits ermöglicht hätten, die Bemühungen um Strukturprojekte für die zukunftsorientierten Branchen zu bündeln: z. B. im Bereich der

Batterien mit siebzig Großprojekten - darunter zwanzig Gigafabriken - und einem Investitionsaufwand, der mindestens dreimal so hoch sei wie in China, aber auch im Wasserstoffsektor mit siebenhundertfünfzig Projekten, die bis 2030 umgesetzt werden sollen.

Er fügt hinzu, dass die Europäische Union weiterhin strategische Partnerschaften fördere, um ihre Versorgung zu diversifizieren, insbesondere mit Kanada, Norwegen, Afrika und Lateinamerika, auch wenn Diversifizierung nicht immer das Allheilmittel sei: so wurde die Rohstoffpartnerschaft mit der Ukraine auf tragische Weise auf Eis gelegt...

Er ist der Ansicht, dass es weiterhin notwendig sei, auch die lokale Produktion zu steigern - zu diesem Zweck sei auf Wunsch der Europäischen Kommission eine Kartografie der strategischen Mineralien erstellt worden-, indem ausländische Partner angezogen und umwelt- und gemeindefreundliche Abbaubedingungen gewährleistet werden.

Es würden Bündnisse und Wichtige Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse ins Leben gerufen werden, die der Europäischen Union helfen sollen, ihre lokalen Produktionskapazitäten auszubauen. Das auf diese Weise gewonnene Know-how könne zudem den Lieferländern zugutekommen, die auch außereuropäisch sein könnten.

Um ihre Abhängigkeit von Asien, insbesondere von Taiwan, bei der Halbleiterproduktion zu verringern, habe sich die Europäische Union außerdem zum Ziel gesetzt, bis zum Ende des Jahrzehnts 20 % ihrer Mikroprozessoren in Europa herzustellen - statt der derzeitigen 9 %. Zu diesem Zweck sei ein Plan mit einem Gesetzesvorschlag und einer beträchtlichen Finanzierung in Höhe von 43 Milliarden Euro ausgearbeitet worden, der zusätzliche private Investitionen in Höhe von Hunderten von Milliarden Euro auslösen werde. Die ersten Ankündigungen zu diesem Plan dürften diese Woche erscheinen. Dabei gehe es um die Bedeutung der Halbleiterproduktion, der diesbezüglichen Forschung - in der Europa sehr

gut abschneide - und der Produktion von *Packaging*, d. h. von spezifischer *Software*, die mit Halbleitern je nach Verwendungszweck verbunden sei: Gesundheit, vernetzte Autos, Telekommunikation oder Internet der Dinge. Es gehe darum, die europäische Zukunft in diesem kritischen Bereich besser zu beherrschen.

Im Zuge dieser Initiative mit dem Titel *Chips Act* seien 30 Milliarden Euro im Rahmen der Wichtigen Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse bereitgestellt worden, um die notwendigen Investitionen in die Fabriken zu fördern. Der Schwerpunkt werde auf der Produktion von zukunftsorientierten Halbleitern liegen, die immer dünner geätzt werden - unter 5 Nanometer oder sogar nur 2 Nanometer.

Wie die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union bei ihrem Treffen am 10. und 11. März in Versailles erneut betonten, müsse die Europäische Union mehr und besser in ihre Verteidigungsfähigkeiten und innovativen Technologien investieren, und zwar zunehmend in Form von Gegenseitigkeit, um die kollektive Sicherheit ihrer Mitgliedstaaten und ihrer befreundeten europäischen Nachbarn zu stärken. Diese Stärkung sei darüber hinaus unerlässlich, damit die Europäische Union ein guter transatlantischer Partner und ein effektiver Verbündeter in der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO) sein könne. Auf Ersuchen des Europäischen Rates werde die Europäische Kommission daher an der Erhöhung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten arbeiten.

Mehrere Mitgliedstaaten haben angekündigt, ihre Verteidigungsausgaben auf 2 % ihres BIP zu erhöhen und damit der Forderung der Europäischen Union nachzukommen. Wenn alle Mitgliedstaaten in diesem Sinne handelten, würden die europäischen Investitionen in diesem Bereich jedes Jahr um etwa 65 Milliarden Euro steigen.

Des Weiteren habe die Europäische Kommission vorgeschlagen, ein sicheres Weltraumkonnektivitätssystem einzurichten. Denn wie die jüngsten Cyberangriffe auf Satelliten über der Ukraine gezeigt hätten, sei eine sichere Kommunikation Teil der Souveränität. Neben den strategischen Konstellationen Galileo und Copernicus sei daher eine dritte souveräne europäische Konstellation erforderlich, die sich der Konnektivität über Satelliten widmet. Diese Einrichtung verfolge drei Ziele: Stärkung der europäischen Fähigkeit zur Durchführung verschlüsselter Kommunikation, insbesondere zwischenstaatlicher Kommunikation, mithilfe von Quantentechnologien; Entwicklung von Satelliteninstrumenten, die bei Ausfall von Landnetzwerken oder bei Cyberangriffen einspringen könnten; Bereitstellung von Konnektivität für den afrikanischen Kontinent, der unbedingt vom europäischen Informationsraum profitieren müsse, durch eine Nord-Süd-Konstellation, die vier bis fünf Zeitzonen abdecke. Dieser letzte Punkt sei übrigens auf dem letzten Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Union vorgestellt worden. Außerdem werde darauf geachtet, dass die Pläne der großen Raumfahrtunternehmen für einen autonomen Zugang zum Weltraum schneller umgesetzt werden.

Die europäische Sicherheit und die strategische Autonomie Europas seien von einer wettbewerbsfähigen, innovativen industriellen und technologischen Basis abhängig, die in ein kontrolliertes Netz von Wertschöpfungsketten eingebettet sein müsse. (*Applaus*)

Herr Mark Demesmaeker, Vertreter des belgischen Senats, drückt zunächst seine Unterstützung und Solidarität mit dem ukrainischen Volk aus und bezeugt seine Bewunderung für das ukrainische Parlament und den ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelensky. Die Diskussionen, die an diesem Tag stattfinden, seien historisch. Der Krieg in der Ukraine markiere das Ende des Friedens, von dem alle glaubten, er sei mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 hergestellt worden: die Vorstellung, dass sich die Welt auf die

Globalisierung, die Produktion von Waren und Dienstleistungen, die Entwicklung des Menschen und die grenzüberschreitende Kommunikation konzentrieren könne, sei erschüttert worden.

Der Mangel an wichtigen Ausrüstungsgegenständen, unter dem Europa aufgrund der Pandemie gelitten habe, könnte sich bei künftigen Pandemien oder Konflikten wiederholen, wodurch bestimmte Versorgungsketten unterbrochen werden könnten. Daher sei es wichtig, sich dieser Herausforderung zu stellen. Europa dürfe sich jedoch nicht von der Außenwelt abschotten und seine Mitgliedstaaten dürfen sich nicht in ihren nationalen Grenzen verschanzen. Europa müsse auf eine offene strategische Autonomie hinarbeiten. Es müsse sich auf die Herstellung von lebensnotwendigen Ausrüstungen in den Bereichen Gesundheit, Verteidigung und Rohstoffe konzentrieren und in diesem Bereich seine Führungsposition zurückgewinnen. Die angekündigte neue Gesetzgebung zur Herstellung von Mikrochips sei in dieser Hinsicht zu begrüßen. Allerdings müssten auch die Vorteile der offenen Volkswirtschaft gewahrt werden. Eine offene strategische Autonomie sei das Gleichgewicht, das es zu erreichen gelte.

Herr Celso Delgado, Vertreter des Abgeordnetenhauses von Spanien, betont die Bedeutung der Industrie für den Wohlstand und die Entwicklung Europas. Es müsse eine nachhaltigere, umweltfreundlichere und widerstandsfähigere europäische Industriepolitik entwickelt werden. Die derzeitigen Probleme auf dem europäischen Kontinent, die durch den Krieg in der Ukraine noch verschärft wurden, seien auf die Pandemie zurückzuführen, die zu erheblichen Versorgungsengpässen geführt habe. Um hier Abhilfe zu schaffen, bedürfe es einer ehrgeizigen europäischen Politik, die sich insbesondere auf neue Technologien wie die Digitalisierung richte. Auf dem *Mobile World Congress* (MWC) 2022, der kürzlich in Barcelona stattgefunden habe, seien die Vorteile, die die USA und die asiatischen Länder in

diesem Bereich hätten, deutlich geworden. Die Europäische Union müsse also in allen Bereichen der neuen Technologien Fortschritte erzielen.

Herr Celso Delgado merkt an, dass sein Land die am 11. März verabschiedete Erklärung von Versailles unterstütze. Bei der Halbleiterproduktion bestehe Handlungsbedarf, und die Abhängigkeit Europas von russischem Gas müsse auf 3 % reduziert werden. Der Redner fragte Herrn Thierry Breton, ob eine Intervention bei den Energiepreisen geplant sei, um den Folgen ihres jüngsten starken Anstiegs, insbesondere für die Automobilbranche, entgegenzuwirken. (*Applaus*)

Herr Raoul Boucke, Vertreter des Abgeordnetenhauses der Niederlande, merkt an, dass es der Europäischen Union immer gelungen sei, die Krisen, die sie durchlebt habe, zu nutzen, um sich neu zu erfinden und gestärkt und geschlossener daraus hervorzugehen. Das Problem der starken Energieabhängigkeit von Russland und der Unfähigkeit, seit dem informellen Europäischen Rat von Hampton Court 2005 eine entsprechende Strategie umzusetzen, müsse behoben werden. Der *REPowerEU*-Plan setze an diesem Punkt an.

Außerdem müsse die Abhängigkeit Europas von fossilen Energieträgern verringert werden. In den Niederlanden verkünde die neue Koalitionsregierung das ehrgeizige Ziel, die Kohlenstoffemissionen des Landes bis 2030 um 60 % zu senken, und habe die Einrichtung eines Klimafonds in Höhe von 35 Milliarden Euro angekündigt. Die Industrie sei bereit, sich der Herausforderung zu stellen, ihre Kohlenstoffemissionen zu reduzieren. Es würden Vereinbarungen getroffen, die mit Investitionen in die Infrastruktur - insbesondere zur Entwicklung von Offshore-Windkraftanlagen - einhergehen, um die Energiewende zu erleichtern.

Diese beiden Herausforderungen seien nicht nur allen 27 Mitgliedstaaten gemeinsam, sondern müssten auch gemeinsam, als Union, angegangen werden. Die Europäische Union ist ein wirtschaftlicher Riese und kann ihre Werte nur verteidigen, wenn sie stark und unabhängig ist. *(Applaus)*

Herr Maximos Senetakis, Vertreter des griechischen Parlaments, betont, dass die Covid-19-Pandemie und der russische Einfall in die Ukraine die Europäische Union an einen historischen Moment geführt hätten. Sie muss sich selbst erneuern. Die Zeiten hätten sich geändert, neue geopolitische Herausforderungen seien entstanden. Die Europäische Union sähe sich einem intensiven internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Die Verringerung ihrer strategischen Abhängigkeiten in den Bereichen Gesundheit, Rohstoffe und Schlüsseltechnologien würden dazu beitragen, die Widerstandsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften zu stärken.

Griechenland beteilige sich an Großprojekten, die auf der Grundlage der strategischen Ziele der Europäischen Union entwickelt worden seien, einschließlich der wichtigen Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse für Batterieproduktion und Wasserstoff, und kooperiere mit dem Industrieforum der Europäischen Union. Zudem habe es zur Entwicklung des Notfallinstruments für den Binnenmarkt beigetragen. Griechenland habe ein ehrgeiziges Investitionsprogramm in sein nationales Resilienz- und Konjunkturprogramm aufgenommen, um die Elektromobilität anzukurbeln. Es verfüge darüber hinaus über Bauxitreserven sowie über wichtige Rohstoffe wie Kobalt und Nickel und nutze europäische und nationale Ressourcen zur Finanzierung von Forschungsprogrammen, um weitere strategische Rohstoffe zu identifizieren. Griechenland sei bereit, mit aller Kraft zur strategischen und industriellen Autonomie Europas beizutragen. *(Applaus)*

Herr Franck Montaugé, Vertreter des Senats der Französischen Republik,

merkt an, dass sowohl die Covid-19-Pandemie als auch der russische Einfall in die Ukraine die Mitgliedstaaten auffordere, ein neues Kapitel in der Geschichte der Europäischen Union zu schreiben. Das Europa des Marktes müsse in ein Machtmodell eingebunden werden, das dem Frieden, den klimatischen Herausforderungen und dem sozialen Fortschritt diene. Strategische Autonomie sei eines der Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Auf Ebene der Staaten sei eine Diversifizierung der Versorgungssysteme für gefährdete strategische Inputs (SVI) erforderlich, und auf EU-Ebene müssten strategische Versorgungsbündnisse gebildet werden. Wenn sich eine Diversifizierung als unmöglich erweise, müsse die Europäischen Union die SVI-Lagerung subventionieren.

Herr Franck Montaugé fragt Herrn Thierry Breton, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenke, um die europäischen Kapazitäten in den zukunftsorientierten Industriezweigen zu sichern, und ob er die Entwicklung von Beteiligungen an Rohstoffunternehmen außerhalb Europas unterstütze. Er erkundigt sich nach seiner Position zu Minenbohrungen innerhalb der Europäischen Union. Er weist auch auf die Notwendigkeit hin, Innovationen zu fördern, um eine wettbewerbsfähige Produktion der SVI sicherzustellen.

Der Redner fragt, ob die jüngste Entwicklung in der Doktrin, bei der zum bisher fast ausschließlichen Prinzip des freien und unverfälschten Wettbewerbs die Anerkennung integrierter vertikaler industrieller Ansätze hinzukomme, die angesichts ihrer Bedeutung für das allgemeine europäische Interesse sogar geschützt werden, notwendig sei, damit die Europäische Union in einem internationalen Kontext, in dem der Wettbewerb oft verzerrt sei, an Autonomie gewinnen könne.

Herr Franck Montaugé bittet schließlich Herrn Thierry Breton um seine Meinung zu der Notwendigkeit, den angemessenen Wert von Kohlendioxid an den Grenzen und im Inneren der Europäischen Union zu berücksichtigen.

Herr Andrius Vyšniauskas, Vertreter des litauischen Parlaments, merkt an, dass der Krieg in der Ukraine die geopolitische Situation verändert und die europäischen Volkswirtschaften vor große Probleme gestellt habe. Die Gaspreise seien gestiegen, einige Industriezweige seien bedroht - nicht wegen der harten Sanktionen gegen Russland, sondern wegen der starken Abhängigkeit des europäischen Kontinents von Industriegütern, Technologien und Lebensmitteln von anderen Großmächten und einer gewissen Naivität, die die Europäische Union lange Zeit an den Tag gelegt habe.

Nun gelte es, den Worten Taten folgen zu lassen. Das Ziel der Europäischen Union müsse es sein, wirtschaftliche Unabhängigkeit von Russland und China sowie völlige Unabhängigkeit von jedem Regime zu erreichen, das nicht mit ihren Werten übereinstimme. Litauen habe seine Energieunabhängigkeit von russischem Öl und später Gas schrittweise ausgebaut und werde bald auch von russischem Strom unabhängig sein. Diese Schritte seien unabhängig von den Handlungen Russlands beschlossen worden. Man müsse feststellen, dass es in diesem Teil der Welt etwas grundlegend Schlechtes gebe: Man sähe es in der Ukraine und mit Wladimir Putin am Werk. (*Applaus*)

Frau Ana Maria Cătăuță, Vertreterin der Abgeordnetenkammer von Rumänien, betont, dass die Europäische Union, um autonom zu sein, zunächst in ein Instrumentarium investieren müsse, mit dem sie ihre strategische Abhängigkeit verringern könne. Sie macht deutlich, dass sowohl die Energiespeicherung, die Diversifizierung der Versorgungsquellen, die Entwicklung sichererer Versorgungsketten als auch Investitionen und die Produktion in Europa gefördert werden müssten.

Sie fügt hinzu, dass der grüne Wandel zwar unerlässlich ist, aber darauf geachtet werden müsse, dass die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen den Regionen und Ländern der Union nicht noch größer werden.

Sie erinnert daran, dass Rumänien zusammen mit anderen Mitgliedstaaten an dem Wichtigen Projekt von gemeinsamem europäischem Interesse (IPCEI) teilnehme, das der Mikroelektronik gewidmet sei, einem Sektor, der für den digitalen Übergang von entscheidender Bedeutung sei. Sie berichtet, dass neue Investitionen diese historische Produktion ihres Landes stärken. (*Applaus*)

Herr Brian Leddin, Vertreter der irischen Nationalversammlung, drückt die Solidarität seines Landes mit dem ukrainischen Volk und den europäischen Nationen aus, die mit dem Zustrom von Migranten konfrontiert seien, der in Irland bereits spürbar sei.

Er weist darauf hin, dass Irland zwar nicht über die industrielle Basis verfüge, die viele europäische Länder hätten, aber an seiner Westküste über eine äußerst umweltfreundliche Energieressource verfüge, nämlich die Windkraft. Mit diesem immensen Potenzial könne Irland zur Schaffung einer umweltfreundlichen, wasserstofforientierten Wirtschaft in der Europäischen Union beitragen.

Herr Brian Leddin spricht über die Rolle, die Irland seit dem Römischen Reich in Europa spielte, und fügt hinzu, dass der Brexit den Wunsch seines Landes, sich der Europäischen Union zuzuwenden, noch verstärke.

Er erklärt, die Europäische Union müsse sich bezüglich ihrer Energieversorgung an Irland wenden und endlich jegliche Abhängigkeit von Despoten wie Herrn Putin beenden. Sie müsse die Industrie in die Nähe ihrer Energiequellen verlagern und der Versuchung widerstehen, zu alten Technologien zurückzukehren, die zu umweltschädlich seien. Er stellt

fest, dass das Nachfragemanagement eine echte energiepolitische Herausforderung sei: Es habe keinen Sinn, riesige Infrastrukturen für sinnlose Zwecke wie die Entwicklung von Kryptowährungen aufzubauen.

Er ist der Ansicht, dass die Treibhausgasemissionen größtenteils durch die starke Verbreitung von Kraftfahrzeugen verursacht werden und dass vor allem die Frage nach der Nutzung von Energie selbst gestellt werden müsse.

Er kommt zu dem Schluss, dass es unerlässlich sei, unseren Energieverbrauch zu senken. (*Applaus.*)

Herr Žarko Tušek, Vertreter des kroatischen Parlaments, stellt fest, dass die Covid-19-Krise die Bedeutung der mit unserer Energieabhängigkeit verbundenen ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Risiken verdeutliche.

Er fügt hinzu, dass der Krieg in der Ukraine mehrere unserer Lieferketten noch weiter gefährde. Er macht deutlich, dass wir unsere strategische Autonomie stärken müssten, indem wir die bewährten Verfahren, die unsere Unternehmen in den letzten zwei Jahren entwickelt hätten, als Grundlage nehmen und gleichzeitig neue Lieferketten aufbauen, um den gekoppelten grünen und digitalen Wandel erfolgreich zu vollziehen.

Er versichert, dass die Republik Kroatien industrielle Bündnisse unterstütze, die in der Lage seien, die Resilienz Europas zu bilden, private Investitionen anzuziehen und neue Partnerschaften zu schaffen.

Er argumentiert, dass sein Land die Bildung von europäischen Industrienetzwerken, insbesondere zum Thema Wasserstoff, befürworte. Kroatien ist übrigens mit Italien unter dem Titel Nordadriatisches Tal des Wasserstoffs assoziiert. Der kroatische

Hersteller Rimac Automobili nimmt an einem der wichtigsten IPCEIs teil, das sich mit Batterien befasst.

Er gibt an, dass das kroatische Ministerium für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung einen Plan für die wirtschaftliche Entwicklung auf der Grundlage sauberer Energie vorbereite. Abschließend lobt er die Rolle, die Frankreich in diesem Bereich gespielt habe. (*Applaus.*)

Herr Klaus Ernst, Vertreter des Deutschen Bundestages, möchte zunächst dem französischen Senat dafür danken, dass er diese unverzichtbare Konferenz so gekonnt organisiert habe, zu einer Zeit, in der der Krieg nach Europa zurückkehre.

Die Energiefrage habe sich schon vor dieser Krise gestellt. China verfüge über einen staatlich gelenkten Kapitalismus, dessen technische Effizienz man anerkennen müsse. Parallel dazu verfolgen die USA eine Politik der nationalen Präferenz. Diese beiden Partner verteidigen in erster Linie ihre eigenen Interessen. Daher müssen wir, wie Herr Breton betonte, um unsere strategische Autonomie kämpfen.

Herr Klaus Ernst stellt fest, dass die europäische Luftfahrtindustrie ohne staatliche Eingriffe nicht existieren würde. Seiner Ansicht nach müsse die Arbeit der einzelnen Wirtschaftsakteure koordiniert werden, da wir sonst kein gemeinsames und solidarisches Handeln auf dem gesamten Kontinent haben könnten. Er ist der Ansicht, dass dies in unserem ureigensten Interesse liege, und fragt sich: Sollte man die Liberalisierungsbewegung, deren verheerende Auswirkungen im medizinischen Bereich die Covid-19-Krise gezeigt habe, in gewissem Maße wieder rückgängig machen?

Er kommt zu dem Schluss, dass wir angesichts der Aufrüstung des West- und des Ostblocks nicht zurückstehen können. Wir müssen nicht nur die Militärmittel erhöhen, sondern auch den Einsatz unserer Streitkräfte in Betracht ziehen. (*Applaus*)

Frau Denitsa Simeonova, Vertreterin der bulgarischen Nationalversammlung, betonte, dass eine schnelle Anpassung der europäischen Industrie notwendiger denn je sei, um den grünen und digitalen Wandel in diesem Kontext der zunehmenden politischen Spannungen zu gewährleisten.

Sie stellt fest, dass wir dringend eine europäische strategische Aktion benötigen. So habe die bulgarische Koalitionsregierung kürzlich ein Ministerium für Innovation und Wachstum eingerichtet und mithilfe verschiedener Konjunkturpakete umfangreiche Mittel für Innovationen bereitgestellt.

Frau Denitsa Simeonova ist der Meinung, dass das Europäische Parlament von jetzt an die Energieabhängigkeit von Industrie und Dienstleistungen detailliert analysieren müsse. Um ihre strategische Autonomie und ihre Industrien zu stärken, müsse die Europäische Union systematischer auf IPCEIs zurückgreifen; die Rednerin denke dabei an den Mikroelektroniksektor.

Sie argumentiert, dass, um die Nachhaltigkeit der europäischen Versorgung zu gewährleisten, den Rohstoffen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse, deren Gewinnung vor allem eine Reihe von sozialen Kriterien erfüllen müsse.

Schließlich erklärt sie, dass der Erfolg der wirtschaftlichen Transformation der Europäischen Union auf dem Zugang zu primären und sekundären Rohstoffen beruhe, die umweltgerechte Technologien gewährleisten können, und die unsere Ökosysteme respektieren. (*Applaus*)

Herr Peter Kremšký, Vertreter des Nationalrats der Slowakischen Republik,

dankt seinerseits dem französischen Senat dafür, dass er diese Konferenz zu einem so wichtigen Thema einberufen habe. Er ruft in Erinnerung, dass die Europäische Union nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurde, um künftige Kriege zu verhindern und die Autonomie des Kontinents aufzubauen.

Der Krieg in der Ukraine klingt wie ein Alarmsignal für die Europäische Union. Herr Peter Kremšký versichert, dass nichts mehr so sein werde wie früher und dass diese Krise uns zwingt, stärker zu werden.

Er bedauert, dass das Emissionshandelssystem oder ETS-Instrument zu einem Werkzeug für Finanzspekulationen geworden sei. Diese Situation schade dem großen europäischen Plan und müsse beendet werden.

Anschließend nimmt der Redner vorweg, dass Autos mit Verbrennungsmotoren mittelfristig in Europa verboten werden. Er fügt hinzu, dass wir in diesem Bereich technologisch nicht von China und Russland abhängig werden dürfen.

Schließlich spricht er die Herausforderungen des Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Energiequellen an und fragt sich, ob die Erhöhung des Kohleanteils im deutschen Energiemix wirklich zufriedenstellend sei. Seiner Meinung nach erfordern diese Fragen eine echte Debatte, denn wir müssen vom *Greenwashing* und der politischen Korrektheit Abstand nehmen, um wirklich die strategische Autonomie Europas zu entwickeln.
(Applaus)

Herr Paulo Moniz, Vertreter der Versammlung der Republik Portugal,

erinnert daran, dass die Zukunft digital sein werde, insbesondere die unserer Industrie. Die

Europäische Union müsse jedoch der Realität ins Auge sehen und ihre Unabhängigkeit gewährleisten.

Der Redner weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass unsere europäischen Industrien in mehreren strategischen Bereichen Software verwenden, die von russischen Unternehmen entwickelt wurde.

Er betont, dass es notwendig sei, über die Herausforderungen des geistigen Eigentums in Europa nachzudenken. In diesem Zusammenhang bedauert er, dass die Investitionen in Forschung und Entwicklung in der Europäischen Union seit vielen Jahren zugunsten anderer Länder zurückgegangen seien. Ebenso komme unsere universitäre Forschung anderen zugute; wir dürfen diesen Wert des geistigen Eigentums nicht auf diese Weise verschleudern, noch dazu zugunsten unserer Konkurrenten.

Herr Paulo Moniz spricht eine letzte Herausforderung an: das Eigentum an der *Cloud*. Optische Kabelnetze seien von strategischem Wert, sei es für die Verteidigung oder die Souveränität Europas: Da unsere Zukunft digital sei, müsse die *Cloud* physisch in Europa angesiedelt und somit vor möglichen Angriffen geschützt sein. (*Applaus.*)

Frau Martina Nardi, Vertreterin der Abgeordnetenkammer von Italien, dankt dem französischen Senat dafür, dass er in seinem Plenarsaal die Farben der ukrainischen Flagge gezeigt habe; sie sei sicher, dass sich alle hier vertretenen Länder in ihnen wiedererkennen würden.

Wie Herr Breton stellt sie fest, dass wir an einem Wendepunkt stehen, da sich die Globalisierung unter den kombinierten Auswirkungen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine in einem tiefgreifenden Wandel befinde.

Ihrer Meinung nach laufe die Europäische Union ohne eine stärkere Autonomie Gefahr, sich aufzulösen: Wir brauchen mehr Europa, mehr Versammlungen wie diese, um die europäische Politik aufzubauen. Deshalb, so fügt sie hinzu, müssen wir schnell handeln, denn die Geschichte beschleunige sich und der Krieg in der Ukraine bringe bisherige Strategien und unseren Zeitplan durcheinander.

Sie befürchtet, dass die hohen Benzinpreise in einigen Tagen zu Autobahnblockaden seitens der Fernfahrer führen könnten, die ganz Europa lahmlegen würden. Abschließend betont sie, dass die Aufmerksamkeit auf eine neue Politik gerichtet werden müsse, die der Industrie insgesamt helfe. (*Applaus*)

Herr Albert Vicaire, Vertreter der Abgeordnetenkammer von Belgien, empfiehlt die Lektüre der 2020 erschienenen Studie des Europäischen Parlaments mit dem Titel *Auf dem Weg zur strategischen Autonomie*. Er beklagt, dass die Regierungen bei einer Krise nach der anderen von einem Notfall in den nächsten rennen, wobei jede Krise trotz allem als Weckruf diene. So habe Europa im Zusammenhang mit der Gesundheitskrise festgestellt, dass es in Bezug auf Masken und Paracetamol nicht unabhängig sei. Heute werde ihm durch den Krieg in der Ukraine bewusst, wie abhängig es von Energie sei. Der Redner ruft die Politiker dazu auf, von der Dringlichkeit zur Planung überzugehen.

Er ist der Ansicht, dass Autonomie in den Industriezweigen nur aus europäischer Sicht betrachtet werden könne, und fordert Europa auf, seine Naivität in Bezug auf seine Handelspartner aufzugeben. Er lädt jeden ein, Guillaume Pitrons *Der Krieg um seltene Erden* zu lesen, und fordert die Entwicklung des Recyclings von z. B. Windkraftanlagen oder Telefonen, um die europäische Autonomie zu entwickeln. Das Ziel sei, die Rohstoffpreise im Binnenmarkt zu senken und den Binnenmarkt *mittels* Eintrittsbarrieren zu schützen, wie es beim CO₂ der Fall sein werde, ohne dabei seine Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren.

Schließlich betont Herr Albert Vicaire die Notwendigkeit, Forschung und Entwicklung auszubauen. (*Applaus*)

Herr Alexandros Charitsis, Vertreter des griechischen Parlaments, stellt fest, dass Europa im Zentrum dreier sich überschneidender Krisen stehe - Covid-19, Einfall in die Ukraine und Wirtschaftskrise mit inflationären Energiepreisen - und argumentiert, dass der Krieg unsere Sicht auf alle Themen auf den Kopf stelle: den Wohlfahrtsstaat, das integrative Wachstum. Da alle globalen Wertschöpfungsketten gestört seien, müsse verstärkt auf kontinentaler Ebene gedacht, geplant und gehandelt werden, kleine und mittlere Wertschöpfungsketten müssen gestärkt werden.

Herr Alexandros Charitsis fordert eine Änderung der Doktrin und eine Ausrichtung der EU-Maßnahmen auf vier Prioritäten: Reform der Haushaltsregeln des Stabilitätspakts, um mehr Investitionen zu ermöglichen; Schaffung eines dauerhaften Schemas für Konjunktur- und Resilienzfazilitäten; Aufstockung des Budgets für die Kohäsionspolitik; größere Flexibilität bei staatlichen Beihilfen.

Mit Blick auf seine Erfahrungen als Wirtschaftsminister äußerte er den Wunsch, dass die von allen verteidigte Solidarität und Autonomie konkretere Formen annehmen möge, da dies eine unerlässliche Voraussetzung dafür sei, dass Europa ein wichtiger internationaler Akteur bleibe und die Europäer sich diesem Ziel anschließen würden. Er lehne jede Rückkehr zu einer Sparpolitik ab, die den Ländern Europas, insbesondere Griechenland, so sehr geschadet habe. (*Applaus*)

Herr Pablo Pérez Coronado, Vertreter des spanischen Senats, erinnert daran, dass es inmitten der Krisen notwendig sei, die europäischen Wertschöpfungsketten im Dienste einer strategischen Autonomie zu stärken, ohne dabei in Protektionismus zu verfallen, der

nach den europäischen Regeln verboten sei. Er stellt klar, dass diese Autonomie aus einer größeren Stärke und einem stärkeren Zusammenhalt zwischen den Ländern der Union resultieren müsse. Industrielle Autonomie müsse vorrangig durch die Zusammenarbeit mit Dritten erreicht werden, wobei Alleingänge die letzte aller Lösungen bleiben sollten. Zu diesem Zweck müssen wir eine bessere Diversifizierung und Strukturierung unserer Wertschöpfungsketten erreichen.

Nach Ansicht des Redners sollte der erste Schritt darin bestehen, die Kernbereiche, die das reibungslose Funktionieren unserer Gesellschaften gewährleisten, so detailliert wie möglich neu zu definieren, unabhängig davon, ob es sich dabei um disruptive oder traditionelle Bereiche handele. Er fordert ein gemeinsames Projekt, bei dem es weder Verlierer noch Gewinner gebe, z. B. mittels eines günstigen Haushaltsrahmens und Investitionsanreizen. Er betont, dass Energieautonomie nur durch die Entwicklung von Kernenergie und Wasserstoff erreicht werden könne. Er weist darauf hin, dass die Industriepolitik das geeignetste Instrument zur Bestimmung von Investitionsprioritäten auf europäischer Ebene sei. (*Applaus*)

Herr Michael Grosse-Brömer, Vertreter des Deutschen Bundestags, betont, dass die von Putin aufgezwungene brutale Krise die Schwächen Europas offengelegt habe. Er weist darauf hin, dass er mit dem, was sein Kollege von der Linken im *Bundestag* gesagt habe, einverstanden sei. Er fügt hinzu, dass man gegenüber dem russischen Präsidenten härter auftreten müsse und dass Europa eine Verteidigungsfähigkeit benötige, nicht um die NATO zu ersetzen, sondern um sie zu ergänzen.

Er zitiert den berühmten Satz „*It's the economy, stupid!*“ und erinnert daran, dass die Wirtschaft die Grundlage für Frieden und Freiheit in Europa sei und dass es in der Vergangenheit der Binnenmarkt gewesen sei, der den Frieden gefestigt habe. Er dankt

Kommissar Thierry Breton dafür, dass er auf die verschiedenen Erfolge Europas eingegangen sei und jede isolationistische Versuchung zurückgewiesen habe: Die Lösung bestehe darin, die Maßnahmen der Union und der Staaten zu verstärken und gleichzeitig bürokratische Hindernisse zu überwinden, damit Europa im internationalen Wettbewerb ein wichtiger Akteur sein könne. In diesem Zusammenhang wünscht er dem *REPowerEU*-Projekt vollen Erfolg. Schließlich freut er sich, auf dem Platz zu sitzen, den einst Victor Hugo eingenommen habe. (*Applaus*)

Herr Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt, dankt den Rednern für ihre gehaltvollen Beiträge.

Seiner Meinung nach habe Herr Mark Demesmaeker Recht, wenn er sage, dass wir offen sein müssen, ohne jedoch naiv zu sein: offen, aber zu den Bedingungen der Europäer, nach dem Vorbild der Amerikaner, die ebenfalls offen seien, aber zu ihren Bedingungen. Herr Thierry Breton erinnert an die Situation während der Pandemie: Europäische Unternehmen, die in den USA ansässig waren, konnten aufgrund des Exportverbots bestimmte Impfstoffkomponenten nicht an uns liefern, solange die amerikanischen Kunden nicht beliefert wurden. Er hätte das Kollegium der Kommissare aufgefordert, die Gegenseitigkeit zu verordnen, wodurch der Dialog wieder eröffnet wurde.

Er informiert Herrn Celso Delgado darüber, dass die Kommission ein Instrumentarium zusammengestellt habe, das den Mitgliedstaaten die staatlichen Beihilfen, die sie für die am stärksten betroffenen Bürger, aber auch für Wirtschaftssektoren, einschließlich des Energiesektors, mobilisieren können. Er ruft die anwesenden Parlamentarier dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass ihre Regierungen das Thema aufgreifen.

Er gibt Herrn Raoul Boucke Recht in Bezug auf die Energiestrategie. Er stimmt voll und ganz zu, dass eine gemeinsame Infrastruktur notwendig sei. Er erinnert daran, dass der Energiemix unter die Souveränität der Staaten falle und dies auch weiterhin so bleiben müsse, was jedoch einer stärkeren Koordinierung der Infrastrukturen oder einer stärkeren Zusammenlegung von Einkäufen nicht im Wege stehe, wie dies beim Gesundheitswesen, einer weiteren nationalen Zuständigkeit, geschehen sei. Er wünscht sich mehr gemeinsame Einkäufe, mehr gemeinsame Rücklagen. Er erklärt, dass der Europäische Rat, der vor einigen Tagen in Versailles stattgefunden habe, die Kommission aufgefordert habe, ihm innerhalb von zwei Wochen entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Herr Thierry Breton bestätigt Herrn Maximos Senetakis, dass er sich sehr wohl bewusst sei, was Griechenland in Bezug auf Batterien und Wasserstoff sowie die Satellitenkonstellation tue; die Kommission sei bereit, einzugreifen, auch durch ein IPCEI.

Er weist Herrn Franck Montaugé darauf hin, dass er sich, wie viele andere auch, in seinem Dreiergespann „Frieden, Klima, Soziales“ wiederfinde. Er verdeutlicht, dass die Industriepolitik die strategische Autonomie und die Sicherung großer und kleiner Wertschöpfungsketten zum Ziel habe. Darüber hinaus sei die Harmonisierung der sozialen Bedingungen vor wenigen Tagen von der Kommission vorgeschlagen worden. Der Redner räumt ein, dass dies ein doktrinärer Wandel gegenüber einer Zeit sei, in der der Verbraucher im Mittelpunkt stand: Heute wolle sich die Kommission auch um Unternehmen und Industrien kümmern, da von ihnen Arbeitsplätze, Innovation und soziales Wohlergehen abhängen. In Bezug auf das Klima erinnert er an das künftige CO₂-Grenzausgleichssystem.

Er teilt Herrn Andrius Vyšniauskas mit, dass er ein Gespräch mit der Regierung seines Landes geführt habe. Er teile seine Idee, mit gleichgesinnten Partnern Handel zu treiben, wünsche sich aber, dass man zunächst mit dem Binnenmarkt gut zusammenarbeite.

Jeder habe verstanden, sagt er, dass es ein Vorher und ein Nachher in der Beziehung zu Russland geben werde und dass China ein systemischer Rivale sei. Er räumt ein, dass die Amerikaner unsere Partner bleiben, ruft aber dazu auf, jegliche Naivität beiseite zu schieben: Nur wenn Europa stark sei, werde es eine offene Partnerschaft geben. Er erinnert daran, dass man nur dann Respekt erhält, wenn man Stärke beweist.

Herr Thierry Breton bestätigt Frau Ana Maria Cătăuță, dass die Zirkularität ein wesentliches Element sei, insbesondere bei knappen und teuren Ressourcen, die es wichtig sei, wiederverwenden zu können, um unsere Abhängigkeiten besser zu kontrollieren und Umweltschäden besser unter Kontrolle zu halten. Dies sei Teil des Plans der Kommission. So habe sie als ersten Schritt einen Batteriepass eingeführt. Der Redner stimmt ihr zu, wenn sie zur Wachsamkeit in Bezug auf Unterschiede aufrufe; dies wäre der Grund für einen europaweiten Ansatz mit Ökosystemen - Automobilindustrie, Telekommunikation, Gesundheitswesen, Tourismus. Er besagt, dass diese Ökosysteme ohne Diskriminierung nach dem Standort harmonisiert werden müssen. Er teilt mit, dass er mit der rumänischen Regierung über die IPCEI für Mikroelektronik gesprochen habe, der das Land beigetreten sei.

Er antwortet Herrn Brian Leddin, dass Irland perfekt in die Union integriert sei. Er habe eine Intel-Fabrik in der Nähe von Dublin besucht, die die größte industrielle Investition in Europa darstelle: Dies beweise, dass Irland nicht nur Kapital, sondern auch Industrie anlocken könne. Er erinnert daran, dass Halbleiter und Leistungselektronik Energieeinsparungen ermöglichen sollen, dass man aber dennoch lernen müsse, weniger und besser zu verbrauchen, insbesondere Gas, um die Abhängigkeit Europas von Russland zu verringern. Er fügt hinzu, dass der *NextGenerationEU*-Plan ausführliche Maßnahmen zur Kontrolle und Senkung des Energieverbrauchs für alle Länder der Union vorsehe.

Er würdigt die Ausführungen von Žarko Tušek zu den industriellen Bündnissen, insbesondere in den Bereichen Wasserstoff und Automobil. Die IPCEIs würden zunehmend dazu genutzt werden, staatliche Beihilfen besser zu kontrollieren und gleichzeitig den Wettbewerb zu gewährleisten.

Er antwortet Herrn Klaus Ernst, dass Europa trotz allem näher an den USA als an China sei, auch wenn man in seinen Stärken zuversichtlich bleiben müsse. Er räumt ein, dass China ein sehr großer Handelspartner sei, aber, wie die vorherige Kommission es ausdrückte, ein „systemischer Rivale“.

Er erinnert daran, dass die IPCEIs gebildet worden seien, um staatliche Beihilfen und private Investitionen in Sektoren wie Halbleitern und Gesundheit aufzunehmen, dass es aber, wenn es um Rüstung gehe, einen speziellen Fonds gebe, den Europäischen Verteidigungsfonds. Er hofft, dass sich die Dinge in die richtige Richtung bewegen, aber das setze voraus, dass jeder europäisch einkaufe und nicht von anderen Ländern... Er erinnert daran, dass seine Rolle darin bestehe, die Schaffung von Industrien und Arbeitsplätzen in allen Mitgliedstaaten auf dem Gegenseitigkeitsprinzip zu ermöglichen.

Herr Thierry Breton erinnert Denitsa Simeonova daran, dass bei einem kürzlichen Treffen mit Kiril Petkov, dem neuen Premierminister Bulgariens, die Notwendigkeit schneller Reformen angesprochen wurde; die Analyse der Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft im Dienstleistungs-, aber auch im Technologiesektor sei wichtig. Er fügt hinzu, dass die soziale Nachhaltigkeit Teil der Kriterien sein müsse, die für die IPCEIs ausgewählt werden.

Als Antwort auf Herrn Peter Kremský sagt der Redner, dass die Kommission sehr wachsam bleiben müsse, um Spekulationen mit dem ETS zu verhindern. Die Finanzbehörden seien eingeschaltet worden, um mögliche Manipulationen zu identifizieren.

Die Europäische Union sei ihren Konkurrenten bei der Herstellung von Verbrennungsmotoren und Hybridantrieben weit voraus. Herr Thierry Breton erinnert daran, dass das Ziel, bis 2035 in Europa nur noch Elektroautos zu verkaufen, nicht bedeute, dass die Autohersteller den Bau von Hybrid- oder Verbrennungsmotoren abbrechen sollten: Die europäische Bevölkerung mache nur einen kleinen Teil der Weltbevölkerung aus. Diese Motoren müssen für andere Märkte, auf anderen Kontinenten wie Afrika produziert werden. Die Hersteller müssen weiterhin innovativ sein, da strengere Normen dazu führen sollten, dass die Umweltschäden durch diese Motoren verringert werden.

Zur Diversifizierung der Energiequellen: Das Ziel, bis 2050 kohlenstofffrei zu sein, könne ohne Kernenergie nicht erreicht werden, da diese Energie 26 % der Stromerzeugung in Europa ausmache. Der Stromverbrauch werde sich in den nächsten dreißig Jahren voraussichtlich verdoppeln. Laut Herrn Thierry Breton sei es daher zwingend notwendig, eine umweltverträglichere Kernenergie zu entwickeln, wobei Gas und Kernenergie weiterhin Teil der Taxonomie seien.

Für Herrn Paulo Moniz, der daran erinnerte, dass die Zukunft digital sei und Europa in diesem Bereich unabhängig sein müsse, wies er darauf hin, dass die Europäische Kommission ein Bündnis für eine souveräne *Cloud* vorschlage, damit die Daten in Europa verarbeitet würden und keine andere Gesetzgebung als die europäische auf sie angewendet werden könne. Bestimmte Daten seien von strategischer Bedeutung, z. B. im Gesundheitswesen oder in der Industrie. Wichtig sei ferner die Überwachung der Infrastruktur, insbesondere der Unterseekabel. Eine neue Sondergebühr solle die Kontrollkapazitäten vervielfachen.

Für Martina Nardi, die darum bittet, auf die steigenden Benzinpreise zu achten, erinnert Herr Thierry Breton, dass die Franzosen sehr wohl wissen, wie wichtig dieses Thema

sei. Es sei ein Instrumentarium zum Einsatz gekommen. Auf ihre Frage, ob es sinnvoll sei, einen neuen *NextGenerationEU*-Plan zu erstellen, antwortet er, dass der erste Plan bei weitem noch nicht ausgeschöpft sei. Er fügt jedoch hinzu, dass es, wie Präsident Macron erklärte, angesichts der aktuellen Situation kein Tabu mehr zu diesem Thema gebe, sondern dass die Dinge zu ihrer Zeit geschehen würden.

Herrn Albert Vicaire, der behauptete, die Europäische Union sei nicht unabhängig, wenn es um Masken, Paracetamol oder Impfstoffe gehe, erklärte Thierry Breton, dass die Europäische Union es geschafft habe, sich innerhalb weniger Wochen durch viel Arbeit der Unternehmen so unabhängig zu machen, dass sie zur größten Apotheke der Welt geworden sei und 150 Länder mit Impfstoffen beliebere. Er gibt an, dass er in zwei der vier Punkte, die Herr Vicaire angesprochen habe, mit ihm übereinstimme: die Reform des Stabilitätspakts und mehr Flexibilität bei Reformen staatlicher Hilfen.

Der Redner stimmt mit Herrn Pablo Pérez Coronado überein, der daran erinnerte, dass strategische Autonomie nicht mit Protektionismus gleichgesetzt werden dürfe. Es müssen Wege erfunden werden, um die Abhängigkeit in einer offenen Welt unter europäischen Bedingungen in den Griff zu bekommen. Europa müsse in den internationalen Machtverhältnissen über Bündnisse verfügen. Strategische Autonomie erfordert sowohl Wasserstoff als auch eine umweltverträglichere Kernenergie.

Herr Thierry Breton stimmt Michael Grosse-Brömer zu, dass die Krise die Schwächen Europas aufdecke. Er erinnert jedoch daran, dass man die Geschichte nicht umschreiben könne. Einige hätten die Kernenergie aufgegeben; andere seien zu sehr vom russischen Gas abhängig. Die Europäer müssen trotz ihrer Unterschiede gemeinsam zu Lösungen gelangen: Sie müssen sich gegenseitig helfen und zusammenarbeiten. Die Europäische Union sei ein fragiles Gebilde. Je geschlossener und stärker sie sei, desto mehr

werde sie ein guter NATO-Partner sein und desto mehr werde die NATO ein guter Partner für sie sein.

Herr Thierry Breton bedankt sich bei allen Teilnehmern für den regen Austausch.

(Applaus)

Die Versammlung wird um 11.40 Uhr unterbrochen. Sie wird um 12.00 Uhr fortgesetzt.

Zweite Sitzung – Die strategische Autonomie im Energie- und Bergbausektor: das

Beispiel der seltenen Erden

- Vorsitz von Herrn Roland Lescure, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Nationalversammlung der Französischen Republik -

Herr Roland Lescure, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Nationalversammlung der Französischen Republik, eröffnet die zweite Sitzung und verweist dabei darauf, dass die Energieautonomie der Europäischen Union im derzeitigen geopolitischen Kontext nicht nur eine Herausforderung für die Zukunft, sondern auch ein überlebenswichtiges Ziel ist. Es sei dringend an der Zeit, die Versorgung mit fossilen Energieträgern sicherzustellen und die Abhängigkeit vom russischen Gas zu reduzieren – auf dem in der vorigen Woche von Präsident Macron organisierten Gipfeltreffen wurde dieses strategische Thema diskutiert. Für Europa lautet die effizienteste und nachhaltigste Antwort sowohl Diversifizierung der Energiequellen als auch Verringerung des Verbrauchs fossiler Energieträger.

Herr Roland Lescure verweist darauf, dass die Vertreter auf der nächsten interparlamentarischen Konferenz am 21. März die Zielvorgaben Europas für die auf dem Gebiet der Energiewende besprochen werden. Für die Dekarbonisierung von Industrie und

Verkehr und die Erzeugung erneuerbarer Energien werden Technologien benötigt, die sich auf seltene Metalle stützen. Zur Herstellung von Solarpaneelen, für die Entwicklung der Ladeinfrastruktur und die Lagerung oder auch die Produktion von Wasserstoff durch Elektrolyse ist es im Augenblick unmöglich, auf Kupfer, Aluminium, Lithium, Kobalt, Nickel und seltene Erden zu verzichten.

Der Redner stellt Herrn Guillaume Pitron, Journalist und Autor von *La Guerre des métaux rares. La face cachée de la transition énergétique et numérique* [Der Krieg der seltenen Metalle. Das verborgene Gesicht der Energie- und IT-Wende] vor, mit dem die öffentliche Meinung auf die Probleme aufmerksam gemacht wurde, die sich mit dem wachsenden Bedarf seltener Metalle stellen. Während die weltweite Nachfrage exponentiell steigt, versorgt sich die Europäische Union im Wesentlichen in China und Russland und unterliegt damit geopolitischen Risiken; darüber hinaus erfüllen die Bedingungen, unter denen diese Metalle gewonnen werden, nicht immer die europäischen Sozial-, Gesundheits- und Umweltnormen.

Die französische EU-Ratspräsidentschaft ist die Gelegenheit, die strategische Frage der Abhängigkeit der EU von seltenen Metallen zu stellen. Roland Lescure signalisiert, dass diese Frage für die Erreichung von CO₂-Neutralität bis 2050 und für den Erfolg der mit Batterien, Wasserstoff bzw. der Integration der Energiesysteme der Gemeinschaft verbundenen Strategien wesentlich ist, wobei vor diesem Hintergrund darauf zu achten sei, dass die Abhängigkeit Europas von Drittländern nicht weiter wächst, die diese Mineralien als Mittel im internationalen Wettbewerb oder als Waffe in einem Wirtschaftskrieg einsetzen könnten. Diese Frage ist ebenfalls wichtig, um eine weitere irreversible Schädigung der Erde durch die Europäer während der Energiewende zu vermeiden.

Der zukünftige Bedarf Europas auf diesem Gebiet ist mit dem Ziel einer eventuellen Autonomie Europas gemeinsam zu ermitteln, wie auch die möglichen Antworten gemeinsam gefunden werden müssen.

Herr Roland Lescure verweist ebenfalls darauf, dass Frankreich anstrebt, das Recycling strategischer Materialien zu verbessern und das Potenzial, das der Bergbau bietet, stärker zu nutzen. Diese Punkte sind auch EU-weit zu prüfen: Über welche potenziellen Lagerstätten verfügt Europa? Wie kann man diese unter Einhaltung höchster Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsstandards intelligent nutzen? Wie kann eine Kreislaufwirtschaft entwickelt und der Verbrauch seltener Metalle in Europa optimiert werden?

Frau Sophie Primas, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Senats der Französischen Republik, verweist darauf, dass wegen des von Russland in der Ukraine geführten Krieges die Preise für Gas und Erdöl in die Höhe geschossen sind, was für die europäische Energieversorgung ein Problem darstellt.

Sie begrüßt zwar die von den Staats- und Regierungschefs gesetzten Ziele zur Reduzierung der Abhängigkeit Europas von fossilen Energieträgern aus Russland, gibt aber auch zu bedenken, dass weniger bekannt ist, dass auch die Preise für drei wichtige Metalle, die vor allem für die Herstellung von Elektrobatterien benötigt werden, nämlich Aluminium, Palladium und Titan, und die Europa zu einem erheblichen Teil aus Russland importiert, ebenfalls stark gestiegen sind. Da Europa eine schnellere Energiewende anstrebt, schafft dies neue Verletzlichkeiten, diesmal auf Ebene der Versorgung mit kritischen Metallen.

Frau Sophie Primas ist der Ansicht, dass das Paket „Fit für 55“ den Mitgliedsstaaten sehr ehrgeizige Dekarbonisierungsziele vorgibt. Diese Ziele, die zum Schutz des Klimas, zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen ab 2030 und zur Erreichung von

Kohlenstoffneutralität bis 2050 unumgänglich sind, stellen aber auch Lösungen zur Beendigung der Abhängigkeit von russischen Erdöl- und Erdgasimporten dar. Ökologische Wende und strategische Unabhängigkeit gehen Hand in Hand: Beide motivieren Europa, seine Anstrengungen zugunsten erneuerbarer Energien zu verstärken.

Mit dem Paket „Fit für 55“ plant die Europäische Union im Energiesektor mit den Erneuerbaren auf dem Gebiet der Erzeugung als auch deren Verwendung zur Elektrifizierung von Gebäuden, Industrie und Verkehr bzw. Lagerung in Form von Wasserstoff eine Revolution von Kopernikanischem Ausmaß,.

Frau Sophie Primas gibt aber auch zu bedenken, dass, auch wenn die Energiewende notwendig ist, die Abhängigkeit von Bergbauprodukten in der öffentlichen Debatte häufig ausgeklammert wird, obwohl für den Bau von Solarpaneelen, für die Flügel von Windrädern, für elektrische Batterien und für die Wasserstoffelektrolyse teure importierte seltene Metalle benötigt werden, die hohe Emissionen verursachen. Ein Smartphone enthält 15 Gramm seltene Erden, eine elektrische Batterie 5 Kilogramm und eine Offshore-Windkraftanlage 600 Kilogramm.

Réseau de transport d'électricité (RTE) hat den Jahresbedarf Frankreichs an diesen Mineralien für den Betrieb des elektrischen Systems wie folgt berechnet: 17.000 Tonnen seltene Erden, 70.000 Tonnen Kupfer, 150.000 Tonnen Aluminium, 1,7 Mio. Tonnen Stahl – die Kernenergie hingegen benötigt lediglich 5.000 Tonnen Uran pro Jahr.

Frau Sophie Primas nennt fünf Herausforderungen, die die Europäische Union meistern muss. Die erste davon betrifft den Preisanstieg, da der Einsatz seltener Metalle ein Inflationsrisiko birgt. In nur einem Jahr ist der Preis für Kupfer um 20 % gestiegen, der für Aluminium um 70 %, und der Preis für Lithium hat sich verdreifacht. Wegen der

Energiewende könnte sich diese konjunkturbedingte Preissteigerung in eine strukturelle Preissteigerung verwandeln

Die zweite Herausforderung ist das Risiko einer Verknappung, hervorgerufen durch die gestiegene Nachfrage und die Konkurrenz beim Zugriff auf diese Ressourcen, was zu erheblichen geopolitischen Verwicklungen führen kann. So könnte sich nämlich bis 2042 der Kupferbedarf verdoppeln, der Nickelbedarf verdreifachen und der Lithiumbedarf verzweihundvierzigfachen. Verknappungsrisiken gibt es ebenfalls bei einigen seltenen Metallen wie Kupfer, Aluminium und Nickel und einigen seltenen Erden, konkret bei Neodym.

Die dritte Herausforderung liegt in der Abhängigkeit von den produzierenden Ländern. Die Weltproduktion seltener Metalle ist in Ländern konzentriert, die nicht notwendigerweise dieselben wirtschaftlichen, sozialen und Umweltstandards einhalten wie Europa. So kommen 50 % der weltweiten Kupferproduktion aus Chile und Peru. China produziert 40 % des Aluminiums weltweit und 60 % der seltenen Erden, 50 % des Kobalts kommen aus der Demokratischen Republik Kongo. Russland beliefert Europa mit strategischen Metallen, vor allem mit Aluminium, Nickel, Palladium und Titan.

Die vierte Herausforderung besteht in den negativen Kollateralschäden. Bei der Produktion seltener Metalle werden Treibhausgase freigesetzt, die Umwelt wird verschmutzt und die ortsansässige Bevölkerung beeinträchtigt. So ist beispielsweise die Aluminiumproduktion weltweit für 1 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Die letzte Herausforderung – die Kreislaufwirtschaft – hat einen besonderen Stellenwert. Anstelle des Imports seltener Metalle müssen wir deren Produktion in Europa

fördern, wir müssen innovative Möglichkeiten finden, um deren Verbrauch zu reduzieren und das Abfallrecycling stärken: Derzeit werden nur 10 % aller Akkus recycelt.

Obwohl diese Situation zu größeren geopolitischen Verwerfungen führen kann, ist Europa sehr im Rückstand, was für Sophie Primas paradoxal ist. Die europäischen Ziele in Verbindung mit der Energiewende sind zwar die ehrgeizigsten weltweit, die europäische Bergbaupolitik hingegen ist sehr schwach entwickelt und wird nur wenig in den nationalen Parlamenten diskutiert. Hier muss unbedingt für mehr Bewusstsein gesorgt und eine Änderung der Politik bewirkt werden. Die Rednerin erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass der Wirtschaftsausschuss des Senats mit dem in Frankreich 2021 angenommenen Gesetz gegen den Klimawandel und für die Stärkung der Resilienz wegen dessen Auswirkungen für das Ziel „Bergbausouveränität“ gestimmt hat.

Um diesen Wandel konkret und umfassend durchzuführen sowie die Abhängigkeit von Mineralien, in die Europa aufgrund der Energiewende gleiten könnte, zu erkennen und dieser vorzubeugen, zeichnet Sophie Primas das folgende mögliche Entwicklungsszenario.

Zunächst einmal denkt sie, dass die europäischen und nationalen Strategien für Versorgungssicherheit mit strategischen Metallen durch die Identifizierung der Metalle, die kritisch sind, ihrer Herkunftsländer, ihrer Kosten und ihres CO₂-Fußabdrucks zu ergänzen sind.

Danach, so ihre Meinung, sollten Bergbauprojekte und die Relokalisierung von Wertschöpfungsketten auf dem Gebiet des Bergbaus von der Förderung bis zur Verarbeitung von Metallen sowie vom Sammeln bis zum Recycling von Abfällen unterstützt werden. Dies

könnte in Form von Hilfen monetärer bzw. steuerlicher Art erfolgen, mit einem entsprechenden Werkzeugkasten zugunsten der Mitgliedsstaaten von Seiten der Union.

Abschließend meint Frau Sophie Primas, dass der Bergbau auf die Liste der Herausforderungen des Jahrhunderts gehört, dass die nachhaltige Entwicklung unbedingt weiter fortzusetzen ist und dass die Kreislaufwirtschaft bzw. territoriale Ökosysteme weiter zu stärken sind, auch durch Förderung von europäischen Normen und Gütesiegeln für das Konzept des „nachhaltigen Bergwerks“.

Sie übergibt das Wort an Herrn Guillaume Pitron, der in seinen Arbeiten, die in mehrere Sprachen übersetzt wurden, die mit der Energiewende verbundenen Herausforderungen auf den Gebieten Wirtschaft und Umwelt, vor allem die Abhängigkeit von seltenen Metallen, näher beleuchtet hat. (*Applaus*)

Herr Guillaume Pitron, Journalist und Autor von *La Guerre des métaux rares. La face cachée de la transition énergétique et numérique*, beginnt mit dem Verweis auf die enorme sowohl ökologische als auch ökonomische und geopolitische Herausforderung, die die seltenen Metalle in den nächsten dreißig Jahren darstellen. Er unterstreicht, dass eine Welt ohne CO₂ oder mit nur wenig CO₂, eine Welt, in der wir weniger Erdöl und Kohle brauchen, eine Welt der Metalle sein wird. Es wird eine Welt sein, in der Metalle allgegenwärtig sind: Für die Energiewende wird viel Kupfer benötigt: für eine Windkraftanlage sind es bis zu 16 Tonnen, und für ein E-Auto viermal mehr als für einen Verbrenner.

Herr Guillaume Pitron fügt dem hinzu, dass eine CO₂-arme Welt auch eine Welt der „seltenen“ Metalle ist, die so bezeichnet werden, da sie nur sehr verdünnt in der Erdkruste vorkommen und schwieriger als andere Metalle zu gewinnen sind. Diese Metalle sind darüber

hinaus zumeist kritische Metalle. Ihre Konzentration in bestimmten Gebieten – südliches Afrika, Chile, Bolivien, Argentinien, China, Russland – könnte Versorgungsknappheit verursachen.

Er verweist auf die Liste der kritischen Metalle der Europäischen Union aus dem Jahr 2011 mit fast dreißig Positionen: Kobalt, Lithium, Palladium, Indium, Gallium usw. Bei den „seltenen Erden“ handelt es sich, wie er präzisiert, um eine Klasse seltener Metalle, zu denen z. B. Neodym gehört, das in Mobiltelefonen oder auch in den Motoren von E-Autos Verwendung findet. Er verweist im Weiteren auf die letzte Aktualisierung der US-amerikanischen Liste kritischer Metalle, die nun fünfzig mineralische Rohstoffe umfasst, deren Beschaffung kritisch werden könnte.

Allerdings, so bedauert er, werden die Begriffe „Metalle“, „Bergbaressourcen“ oder „Bergwerk“ auf den siebenundzwanzig Seiten des Pariser Abkommens mit keiner Silbe erwähnt. Die Frage, woher diese Metalle kommen sollen und welches ihre Umweltkosten sind, wird nicht gestellt, obwohl es in der Arena der seltenen und strategischen Metalle sehr wohl Verlierer und Gewinner gibt, wie es in der Arena des Erdöls Gewinner und Verlierer gab.

Unter Verweis auf die mit der Geografie dieser Rohstoffe verbundenen ökologischen Herausforderungen bezeichnet Guillaume Pitron das Szenario, dass er bei seiner Besichtigung von seltenen-Erden- oder auch Graphit-Bergwerken erleben konnte, als „absolut erschreckend“: Die Metalle werden unter Bedingungen raffiniert, die weder umwelt- noch menschenfreundlich sind, die Abfälle werden einfach in die Natur gekippt, es gibt „Krebsdörfer“ und eine hohe Inzidenz bei der Glasknochenkrankheit. Er verweist auf eine Aussage eines chinesischen Spezialisten für seltene Erden, der bestätigte, dass China seine Umwelt für die Lieferung seltener Erden in andere Teile des Planeten geopfert habe. Als

Erklärung für unsere Ignoranz gegenüber diesem Problem vermutet er unsere geografische Entfernung – die Bergwerke sind schließlich nicht bei uns.

Er erinnert daran, dass es früher Bergwerke und Werke in Europa gab, in denen seltene Erden raffiniert wurden, dass wir aber aufgrund der Umweltkosten, die mit diesen Aktivitäten verbunden sind, die die mit den grünen Technologien einhergehende Umweltverschmutzung ausgelagert haben und jetzt andere Länder unsere mit der Energiewende verbundene Last tragen. Heute ist diese Umweltverschmutzung weit entfernt und damit unsichtbar. Dadurch zerfällt die Welt der Energiewende in zwei Lager: in das Lager der Schmutzigen und in das Lager derjenigen, die so tun, als ob sie sauber wären.

Danach spricht Herr Guillaume Pitron die Frage der damit verbundenen wirtschaftlichen Herausforderung an, nämlich, dass die Verlagerung dieser Produktion China als führendes Land auf dem Gebiet der Förderung dieser strategischen Rohstoffe in gewisser Weise zum „Saudi-Arabien der seltenen und kritischen Metalle“ gemacht hat. Und, so führt er weiter aus, China möchte gern die Wertschöpfung weiter vertiefen und uns lieber Magnete, Batterien, E-Autos, Windräder, Solarpaneele, also Produkte mit einem hohen Mehrwert, verkaufen, um seine Handelsbilanz auszugleichen. Dem Redner zufolge ist die Abhängigkeit, die wir gerade mit China eingehen, „sehr viel schlimmer“ als die von russischem Gas und Öl und fordert zur Sicherung unseres Bedarfs eine „Mineraldiplomatie“. Er verweist weiterhin darauf, dass sich China dieser geopolitischen Herausforderungen sehr wohl bewusst ist, was die starke chinesische Präsenz in Afrika, vor allem in der Demokratischen Republik Kongo, wo Kobalt gewonnen wird, erklärt.

Indem er in großen Zügen einen geopolitischen Überblick über eine grünere Welt gibt, skizziert Guillaume Pitron folgenden Risiko-Sachstand: Es könnte sein, dass wir, anstelle die ökologischen und geopolitischen Probleme des auf Verbrennung basierenden

industriellen Zeitalters zu lösen, nur die Erdölfelder gegen die Bergwerke dieser strategischen Metalle austauschen. Er verteidigt die Idee einer „Wende 2.0“. Die Wende „1.0“ waren die Pariser Verträge, die jedoch gegenüber dem steigenden Bedarf an seltenen Metallen blind sind. Er macht den Erfolg dieser Wende 2.0 vom Wissen der Öffentlichkeit über die ökologische Wahrheit dieser Technologien abhängig. Mit anderen Worten, wir müssen, so erklärt er, Lebenszyklusanalysen erarbeiten, um diese ferne und unsichtbare Umweltverschmutzung mit Zahlen und Bildern untersetzen zu können. Guillaume Pitron erwähnt in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit von „ethischen Versorgungsketten“ bzw. *ethical supply chains*, die Transparenz bzgl. der Herkunft dieser Mineralien garantieren.

Er unterstreicht ferner die Wiederertüchtigung unserer industriellen Fähigkeiten zur Verarbeitung dieser Ressource, d. h. die Entwicklung der Kreislaufwirtschaft. Die wahre Herausforderung des 21. Jh., gibt er zu bedenken, ist nicht die grünere Welt, sondern die Kreislaufwelt, wobei die Realisierung einer Kreislaufwelt sehr viel schwieriger zu bewerkstelligen ist als eine grüne Welt, zumal die grüne Welt nicht automatisch auch eine Kreislaufwelt ist. Für ihn ist Kreislaufwirtschaft eine Wirtschaft, die auf Zusammenarbeit und Solidarität beruht, in der der ökologisch bewusste Entwickler von IT-Produkten, der Metallsammler, der Recyclingspezialist und alle anderen Akteure diese Wertschöpfungskette Hand in Hand arbeiten, um Ressourcen zu optimieren.

Er stellt fest, dass Europa anhand des *European Union-Latin America dialogue on raw materials* als Diskussionsforum, das einmal jährlich stattfindet und der Diversifizierung unserer Versorgung dienen soll, bereits an der Entwicklung einer Mineraldiplomatie arbeitet.

Er unterstreicht seine Überzeugung, dass wir unsere Bergwerke in Europa wiedereröffnen und nicht die Chinesen für uns seltene Erden fördern lassen sollten. Indem er das Konzept der „Umweltsouveränität“ hervorhob, präzisiert er, dass wir damit Versorgungs-

aber auch Umweltsouveränität hätten: Unsere ökologische Performance wäre nicht mehr von den Chinesen, Russen, Südafrikanern oder auch Bolivianern abhängig.

In Anlehnung an Einstein stellt Guillaume Pitron die Frage, ob wir nicht gerade versuchen, ein Problem mit einer „Denke“ zu lösen, die dessen Ursache ist. Und er fährt weiter fort, dass die Neuerfindung unserer Art und Weise zu denken bedeutet, von Versorgungssouveränität als sehr neuer Begriff in der öffentlichen Debatte zu sprechen. Versorgungssouveränität bedeutet, in einer Branchenlogik zu denken, vom Bergwerk bis zum Endprodukt, und auf Langfristigkeit zu setzen. China nimmt sich die Zeit dafür; haben auch wir die Zeit, trotz der Art und Weise, in der unsere Politik und unsere Medien funktionieren, langfristige Herausforderungen zu definieren, die eine ganze Generation umfassen?

Der Redner fordert alle auf, sich mit dem Gedanken anzufreunden, den wahren Preis für die Metalle zu zahlen, mit allen negativen äußeren Faktoren, die mit deren Produktion verbunden sind. Eine grünere Welt, meint er, wird vielleicht auch teurer sein.

Als positiven Abschluss wiederholte er die Worte eines Unternehmers: unser mit Hirnschmalz verbundenes Problem ist bei Weitem größer als das mit seltenen und kritischen Substanzen. (*Applaus*)

Herr Costel Neculai Dunava, Vertreter des Abgeordnetenhauses von Rumänien, beginnt mit einem Verweis darauf, dass wir eine absolut unerwartete Situation durchleben, die uns zwingt, flexibel zu reagieren und uns anzupassen. Basierend auf der Feststellung, dass kritische Rohstoffe in Europa selten sind, plädiert er dafür, dass die Union auf die Einhaltung ihrer sozialen und Umweltnormen achtet, bei gleichzeitiger Garantie von Versorgungssicherheit und Entwicklung der internen Produktion. Er betont ferner die Wichtigkeit des Recyclings als Garant für eine Senkung des Verbrauchs und begrüßt die

bereits vorhandenen Initiativen, strategischen Allianzen sowie Gesetze, die sich auf die Verwendung von Teilen aus der Kreislaufwirtschaft beziehen, *task forces*.

Herr Costel Neculai Dunava regt an, Allianzen zu schmieden, die so inklusiv wie möglich sind, die sich auf die Stärken jedes Mitgliedsstaates stützen, wobei es z. B. das erhebliche Potential Rumäniens auf dem Gebiet der kritischen Ressourcen verdiene, genutzt zu werden. Er ruft dazu auf, die mit Investitionsprojekten verbundenen Risiken durch eine besondere Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen zu reduzieren. Die Einhaltung der europäischen Umweltnormen kann, so betont er, für einige kleinere Unternehmen zu übermäßig hohen Kosten führen. Da die geltenden Normen häufig nicht bekannt seien, sollte seiner Meinung nach die vorrangige Aufgabe der Parlamentarier darin bestehen, einen verlässlichen gesetzlichen Rahmen zu garantieren. (*Applaus*)

Herr Albert Vicaire, Vertreter der Abgeordnetenkammer von Belgien, erinnert, indem er auf den Slogan am Giebel des Rathauses von La Bresse in den Vogesen verweist, der da lautet „Lieber arm als Knecht“, dass unsere Gesellschaft auf billiger Energie basiert.

Er thematisiert die Arbeit des gemeinnützigen Vereins négaWatt und zählt die drei Zutaten auf, die wir für eine gelungene Wende benötigen: Sparsamkeit, Effizienz, erneuerbare Energie.

In puncto Sparsamkeit fordert er auf, sich an Dänemark ein Beispiel zu nehmen, das Wärmenetze, einen effizienten Nahverkehr und Nachfrage an den Produktionskapazitäten ausrichtet. Dieser Weg sei zu beschreiten, wenn wir unseren Energieverbrauch um 30 % bis 40 % senken wollen.

Was die Effizienz betrifft, so ist es Aufgabe der Politiker, Normen derart festzulegen, dass die Produkte und die Energie, die wir konsumieren, exklusiv europäisch und CO₂-frei sind.

Herr Albert Vicaire, der einen Aufkleber „Atomkraft? Nein danke!“ an seinem Rechner hat, fordert den französischen Senat auf, eher auf den Rechnungshof als auf die einflussreichen Pro-Atomstrom-Gruppen zu hören, denn die Erneuerbaren sind der Schlüssel für unsere Unabhängigkeit und spaltbares Material ist auch fossil. (*Applaus.*)

Herr Franck Montaugé, Vertreter des Senats der Französischen Republik, bedauert die Verletzlichkeit Europas auf den Gebieten Energie und Bergbau und die mit dem Krieg in der Ukraine einhergehende Verschlimmerung, die unserer Fähigkeit, bis 2050 CO₂-Neutralität zu erreichen, konterkariert. Indem er in der aktuellen Lage so etwas wie eine neue Ölkrise erkennt, stellt er fest, dass unsere strategische Autonomie schwach ist und zieht sogar das Vorhandensein einer europäischen Strategie auf diesem Gebiet in Zweifel, zumal die EU-Energiekommissarin hier durch Abwesenheit glänzt.

Herr Franck Montaugé äußert im Übrigen Vorbehalte bezüglich der Gleichsetzung der Kernenergie in der „Grünen Taxonomie“ mit einer vorübergehenden Brückenenergie. Unter Verweis auf das Paket „Fit für 55“ missbilligt er die Entscheidung, dass das Prinzip der technologischen Neutralität, das für die anderen CO₂-freien Energien gilt, nicht auf die Kernenergie und den auf Kernenergie basierenden Wasserstoff angewendet wird.

Er bedauert ferner, dass Biogas und Flüssiggas als Ersatz für das russische Gas nicht ausreichend berücksichtigt werden und plädiert für eine Korrektur des „Gaspakets“, um dessen Beitrag zur Versorgungssicherheit zu stärken.

Schließlich empfiehlt er, als dringende Maßnahme das Grenzkostenprinzip zu überdenken, das den Strom- an den Gaspreis bindet, ohne auf die für April angekündigte Vorlage des Berichts der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden zu warten. Die aktuelle Krise sollte seiner Ansicht nach auch Anlass für eine Bestandsaufnahme der Liberalisierung des Energiesektors sein. Dessen Aufgabe besteht darin, den Bürgern Versorgungssicherheit zu akzeptablen Kosten zu garantieren und nicht, unsere nationalen Energieunternehmen zu zerschlagen oder unsere Konzessionen für die Konkurrenz zu öffnen. *(Applaus)*

Frau Lotta Olsson, Vertreterin des schwedischen Parlaments, ruft dazu auf, sich im Namen der strategischen Autonomie Europas der Verletzlichkeit der Union auf dem Gebiet der Versorgung mit seltenen Metallen bewusst zu werden, was eine enorme Herausforderung darstellt, da auf ihnen der grüne Wandel basiert.

Sie erinnert daran, dass die schwedische Eisenerzproduktion 93 % des in Europa geförderten Erzes ausmacht und begrüßt die Verpflichtung der staatlichen Unternehmen des Landes, beispielsweise Bergbauabfälle zu recyceln, wodurch der nationale Phosphorbedarf fünfmal gedeckt werden könnte. Sie unterstreicht im Übrigen den erheblichen Beitrag Schwedens zur Förderung seltener Erden, die für Wind- und Sonnenkraft benötigt werden.

Sie begrüßt schließlich die Idee, den Weltumweltag im Juni 2022 vor der Ratspräsidentschaft Schwedens im dritten Quartal in Schweden zu veranstalten. *(Applaus)*

Herr Silvio Erkens, Vertreter der Abgeordnetenkammer der Niederlande, stellt fest, dass wir aufgrund unserer schrecklichen Abhängigkeit von Russland auf dem Gebiet kritischer Ressourcen, die sich durch den Einfall in die Ukraine in aller Deutlichkeit gezeigt hat, verletztlich geworden sind, also politisch schwach. Er wünscht sich, dass wir diese

historische Gelegenheit nutzen, um uns von dieser Verletzlichkeit, die wir uns selbst zuzuschreiben haben, freizumachen: unsere Fähigkeit, ein Schmelztiegel der Innovation zu werden, hängt von unserer strategischen Autonomie ab. Die Energiewende braucht echten politischen *leadership*, der ermöglicht, Risiken einzugehen und schnell zu handeln, und zwar durch Investitionen sowohl in die Kernenergie als auch in die Geothermie, die Sonnen- und die Windkraft.

Herr Silvio Erkens, für den die seltenen Metalle die „Zutaten des Wandels“ sind, unterstreicht die Dringlichkeit, uns von der Abhängigkeit von Russland oder auch von China zu lösen. Er fordert die Europäer auf, ihre Vorbehalte gegenüber dem Bergbau abzulegen: Diese Ressourcen können und müssen in der Europäischen Union unter Bedingungen gefördert werden, die unseren sozialen, Umwelt- und Sicherheitsnormen entsprechen.

Indem er an die Notwendigkeit erinnert, in die Kreislaufwirtschaft zu investieren, plädiert er für die Wiederverwendung des Lithiums aus recycelten Batterien anstelle des Imports, damit unsere hochwertigen Abfälle nicht mehr exportiert werden. Damit zeigen wir unseren Rivalen ganz allgemein, dass wir stark sind. (*Applaus*)

Herr Alexandros Charitsis, Vertreter des griechischen Parlaments, gibt an, dass bei dieser interessanten Diskussion über die Abfallverwertung die Frage des grünen Wandels auf internationaler Ebene anspricht, bei dem Griechenland eine Vorreiterrolle einnimmt. Er fordert dieses Gremium jedoch auf, sich davon nicht von der Frage des Energiepreises ablenken zu lassen, der für die Wirtschaft Europas Gefahrenpotential birgt, und bedauert, dass es auf diesem Gebiet keine Strategie zu geben scheint und verlangt von der Europäischen Kommission, sich damit zu beschäftigen. Auf dem letzten Gipfel der 27 wurde über *eurobonds* diskutiert; daraus muss sich eine Strategie ergeben, und die Preise müssen gesteuert werden. (*Applaus*)

Herr Paulo Moniz, Vertreter des Parlaments der Republik Portugal, spricht die Frage der energetischen Unabhängigkeit der Inseln und der abgelegenen Gebiete Europas an. Diese sei schwer zu bewerkstelligen, weil die Netze nicht immer verbindbar sind und weil die vor Ort erzeugten Erneuerbaren schwanken. Für diese Schwierigkeiten ist also ein Ausgleich in Form von Investitionen in Speicherkapazitäten zu schaffen.

Der Redner fügt hinzu, dass die Inseln auch einem Umweltproblem gegenüberstehen, da auf dem Grund des Meeres die größten Vorkommen wertvoller Metalle Europas ruhen. Er schlägt in diesem Zusammenhang vor, über die Bedingungen nachzudenken, unter denen der Abbau dieser Ressourcen erfolgen kann. Schließlich beklagt er, dass sich Europa bei dieser Frage bedeckt hält: Die Inseln sind jedoch in diese strategischen Diskussionen mit einzubeziehen, weil nur dann die Europäische Union ihren Namen voll und ganz verdient. (*Applaus*)

Herr Brian Leddin, Vertreter der Nationalversammlung Irlands, unterstreicht, dass Mensch und Wirtschaft die Nachfrage nach seltenen Metallen seit der Elektrifizierung unserer Volkswirtschaften beeinflussen, wobei die aktuelle Krise die Abhängigkeit Europas auch vom Gas verstärkt. Er verweist auf den Beitrag von Herrn Thierry Breton, der der Versammlung vorgeschlagen hatte, Einsparungen vorzunehmen, und bedauert, dass Europa die Frage des Nachfragemanagements nicht ausreichend berücksichtigt, da ein Großteil der verbrauchten Energie wenig produktiv ist.

Er ist für E-Autos, wobei er z. B. meint, dass man sich zugunsten wirtschaftlicherer Transportarten vom individuellen Modell verabschieden müsse. Geschieht dies nicht, führe das zu Verschwendung, und der grüne Wandel wird umso schwieriger. Vor diesem Hintergrund glaubt der Redner, dass die Taxonomie der Europäischen Union

fehlerhaft ist: Um die Dekarbonisierung zu erleichtern und unsere strategische Abhängigkeit zu reduzieren, muss Energie so effizient wie möglich eingesetzt werden. (*Applaus*)

Herr Željko Pavić, Vertreter des Parlaments Kroatiens, erklärt, dass Kroatien seit den 1960-er Jahren keine kritischen Mineralien mehr fördert, obwohl das Potential des Landes an Baryt und natürlichem Graphit hoch ist. Er begrüßt Investitionen in die Revitalisierung des Abbaus, in die Suche und in die Verarbeitung in Kroatien, da es wichtig ist, interne und externe Energiequellen zu diversifizieren. Er unterstützt die strategischen Anstrengungen auf diesem Gebiet sowie Forschungen zum Recycling. Bei Halbleitern wäre seiner Ansicht nach die Stärkung der Partnerschaft mit Südkorea und Taiwan nützlich.

Darüber hinaus schlägt er eine Konsolidierung der europäischen Kapazitäten vor und nach anderen potenziellen Quellen zu suchen, die nicht auf dem Abbau seltener Metalle beruhen, sondern z. B. der Verwendung von Hanf für Batterien. (*Applaus*)

Herr Radoslav Ribarski, Vertreter der Nationalversammlung Bulgariens, verweist auf neuere Studien, denen zufolge für E-Autos und Sonnenenergie sehr viel mehr Mineralien benötigt werden als für Verbrenner. Die grünen Technologien führen zu einem starken Anstieg der Nachfrage nach Kupfer, Kobalt und Lithium, wobei die Wirtschaft einiger Länder, die seltene Erden liefern, auf diesen Ressourcen fußt, bei wenig reglementierten Märkten mit schlechten Arbeitsbedingungen.

Bulgarien ist dank der besonderen Wirtschaftszone Schwarzes Meer der viertgrößte Exporteur von raffiniertem Kupfer. Der Übergang zu neuen Energien erfordert erhebliche Ressourcen, vor allem seltene Erden. Diese gibt es in der Europäischen Union, sie müssen gesucht werden, um die Versorgung zu sichern. Der Abbau in Bergwerken ist zu entwickeln, in Übereinstimmung mit der entsprechenden europäischen Gesetzgebung. Zu

diesem Zweck empfiehlt Herr Radoslav Ribarski ein koordiniertes Vorgehen auf europäischer Ebene. *(Applaus)*

Frau Susana Sumelzo, Vertreterin des Abgeordnetenhauses von Spanien, betont, dass die Energiefrage von dem Einfall in die Ukraine beeinflusst wird. Ihr zufolge muss Europa handeln, um Unternehmen und Bürger vor Energieproblemen zu schützen, die mit der Erhöhung der Preise für Gas und Strom verbunden sind. Die Rednerin beklagt, dass es keine gemeinsame Antwort Europas gibt und jeder Mitgliedsstaat allein versucht, diese Auswirkungen zu dämpfen.

Ihr zufolge sind drei Hypothesen falsch: Europa hatte gedacht, dass die Krise kurz sein würde, dass sich der Markt selbst regulieren würde und dass die nationalen Haushalte die Krise aushalten können. Doch nun verliert man an Wettbewerbsfähigkeit, die Inflation steigt und die ökologische Agenda läuft Gefahr, marginalisiert zu werden. Die Bürger fragen sich, wohin das Geld geht, das sie zusätzlich für Gas oder auch Strom bezahlen.

Frau Susana Sumelzo unterstützt eine besonnene europäische Debatte über Energieverträge, um Marktverwerfungen zu verhindern; diese könnte dazu führen, dass Gas und Strom preislich entkoppelt und ein zentralisierter Einkaufsmechanismus eingeführt wird. Der ökologische Wandel muss natürlich beschleunigt werden, aber er muss auch gerecht sein. Er muss Dekarbonisierung und Energiepreissenkung zusammenführen, da der Bürger im Zentrum der Politik stehen muss. *(Applaus)*

Frau Martina Nardi, Vertreterin der Abgeordnetenkammer von Italien, erkennt in der Behauptung Europas, in Richtung einer grüneren und umweltfreundlicheren Welt zu gehen, angesichts der Schwierigkeiten wie Inflation, Verknappung, Abhängigkeit und Verschmutzung in anderen Ländern Scheinheiligkeit; die Lösung liegt in der

Kreislaufwirtschaft. Sie unterstreicht auch, dass Italien auf dem Gebiet der Verarbeitung von Autowracks einen großen Vorsprung hat, d. h. von Abfällen, deren Export außerhalb Europas zu verringern und deren Recycling vor Ort zu fördern ist.

Sie erkennt zwei Fronten: Kurzfristig ist der Gaspreis vom Strompreis zu entkoppeln, ebenso wie die Lagerung und der Kauf; mittelfristig ist für einen bewussten Einsatz von Energie zu sorgen. So zahlt Italien beispielsweise einen Superbonus zur Finanzierung der Verbesserung von Gebäuden. *(Applaus)*

Herr Janne Sankelo, Vertreter des finnischen Parlaments, plädiert für die energetische Unabhängigkeit Europas, die über die von seltenen Metallen hinausgeht. Europa braucht dafür die Kernenergie, erneuerbare Energien und neue Technologien; Europa muss deswegen die Ressourcen evaluieren, die in den verschiedenen Regionen vorhanden sind. Im Norden kann Europa auf Biomasse und verantwortungsvoll verwaltete Forstenergie setzen.

Finnland ist Spezialist bei thermischer Energie, die auch für die Produktion von Nahrungsmitteln wichtig ist. Herr Janne Sankelo hatte sich früher gegen die Art und Weise der Energieerzeugung in seinem Land ausgesprochen, aber durch den Krieg in der Ukraine hat sich die Lage verändert. Heute muss jedes Land alle vorhandenen Möglichkeiten in Betracht ziehen, vor allem die Nutzung von Torf.

Der Redner schließt mit einem Aufruf zu Geschlossenheit und zur Rückkehr zu den Grundlagen, nämlich Energie- und Nahrungsmittelsicherheit. *(Applaus)*

Herr Georgios Arvanitidis, Vertreter des griechischen Parlaments, erinnert daran, dass die Europäische Union aus der Montanunion hervorgegangen ist, wobei heute die Dekarbonisierung im Mittelpunkt des Interesses steht. Für ihn verkörpern die Erneuerbaren zur Preissenkung und Stärkung der Autonomie eine Priorität. Dafür werden seltene Metalle

benötigt; es muss deswegen sichergestellt werden, dass deren Förderung verantwortungsvoll erfolgt. Ein Solarpaneel hält ein Vierteljahrhundert. Durch diese Transition wird weniger CO₂ freigesetzt, es werden Einsparungen getätigt und die Welt wird letztendlich demokratischer.

Herr Georgios Arvanitidis ist für *eurobonds*, die Griechenland während der Finanzkrise vergeblich gefordert hatte, und freut sich, dass das damals herrschende Tabu gefallen ist. Für ihn handelt es sich hierbei um eine existentielle Frage, die den Weg zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft weist. (*Applaus*)

Herr Ștefan-Radu Oprea, Vertreter des Senats Rumäniens, verweist darauf, dass Europa sehr überrascht war, als es während der Pandemie feststellen musste, wie störanfällig seine Versorgungsketten sind. Es ist wichtig, sich gegen ein derartiges böses Erwachen bei seltenen Metallen zu wappnen. In Rumänien gibt es Graphit und seltene Metalle, jedoch sind die Abbaumethoden zu verbessern, damit die Herausforderungen gemeistert werden, die das Klima stellt, ohne dabei die Werte Europas zu verraten.

Danach wurde Europa von der Inflation bei den Energiepreisen überrascht; hier auf Steuern zu verzichten, löst das Problem nicht, denn die Mittel des Haushalts sind begrenzt. Die Europäische Union muss mutige Lösungen finden. Die Rumänen blicken mit Sorge auf die Höhe ihrer Energierechnungen, der Staatshaushalt steht unter Druck: Das Land hilft seiner Bevölkerung, kann das aber nicht bis zum Jahresende durchhalten. Da der vor der Haustür stehende Krieg keine Preisprognosen gestattet, ist der Energiemix jedes Landes zu überdenken. In Rumänien wird 20 % des Stroms in Kohlekraftwerken erzeugt. Diese Energie muss so lange klug weitergenutzt werden können, bis neue Kernkraft- und Gaskapazitäten bereitstehen, parallel zu Investitionen in Energieeffizienz, um Vergeudung vorzubeugen.

Herr Ștefan-Radu Oprea fordert abschließend, dass Investitionen in Energie nicht in die Berechnung des Haushaltsdefizits einfließen. (*Applaus*)

Herr Mark Demesmaeker, Vertreter des Senats von Belgien, unterstreicht, dass Europa verstanden hat, dass Energie eine geopolitische Waffe sein kann und stellt fest, dass die Krise, die der Kontinent durchlebt, eine radikale Veränderung darstellt. Europa muss sich schnell von fossilen Energieträgern aus Russland lösen und in Erneuerbare und in Kernkraft investieren. Er verweist darauf, dass es in Belgien ein weltweit renommiertes Forschungsinstitut auf diesem Gebiet gibt und dass dessen Ergebnisse geteilt werden müssen. Was seltene Metalle betrifft, ruft er zur Finanzierung von Forschungen auf, um darauf verzichten zu können, von denen einige bereits zu Ergebnissen geführt haben.

Er betont im Übrigen die Wichtigkeit der Kreislaufwirtschaft. Belgien ist auf dem Gebiet der urbanen Entsorgungszentren Avant-Garde, wobei das Sammeln von Batterien von Telefonen und elektrischen Geräten von den Verbrauchern finanziert wird. Leider waren viele Mitgliedsstaaten lange zögerlich, auf diesem Gebiet tätig zu werden. (*Applaus*)

Frau Alice Mary Higgins, Vertreterin des Senats Irlands, unterstreicht, dass diese Versammlung Gelegenheit bietet, auf die Wichtigkeit des Klimas und der kritischen Rohstoffe zu verweisen und dass die einzige Möglichkeit die Einrichtung einer Kreislaufwirtschaft auf der Basis der Erneuerbaren ist: Keine Lösung ist, Erdöl und Gas durch andere fossile Energieträger zu ersetzen.

Die Europäer hatten bereits vor der Ukraine-Krise nach energetischer Unabhängigkeit und grüner Energie sowie neuen, ethischeren und sozialeren Regeln auf dem Gebiet der Versorgung gestrebt. Allerdings ist, wie die Rednerin meint, das europäische Verordnungsprojekt über die Sorgfaltspflicht nicht ehrgeizig genug und führt nicht zu den

gewünschten Resultaten. Sie ruft deswegen dazu auf, für Europa bessere Entscheidungen zu treffen und dem Streitbeilegungsmechanismus nicht zuzustimmen, weil der diese Anstrengungen blockieren könnte. *(Applaus)*

Herr Heikki Autto, Vertreter des Parlaments Finnlands, der aus Lappland stammt, erklärt, dass seine Region für ihre wunderbare Natur und ihre Polarlichter bekannt ist, aber vielleicht weniger für ihre Bergbauindustrie und ihre natürlichen Ressourcen, obwohl diese für die europäische Wirtschaft wichtig und strategisch sind. Die nördlichen Regionen der Europäischen Union können die industrielle Basis der Union stärken, die Transformation der Wirtschaft vorantreiben und ihre Unabhängigkeit von Russland und von China vergrößern. Heikki Autto verlangt demzufolge, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Territorien zu fördern. Er wünscht sich, dass die Union den Verbrauch von lokalen natürlichen Ressourcen nicht beschränkt und dass sie das Prinzip der Subsidiarität respektiert, denn die Finnen sind sehr wohl in der Lage, ihren Bergbau zu entwickeln und dabei das Klima und die biologische Vielfalt zu bewahren.

Er fügt hinzu, dass die Stärkung der Sicherheit Europa eine vorrangige Aufgabe ist und dass für Finnland die Zeit gekommen ist, der NATO beizutreten. Er bitte alle, Einigkeit zu wahren, um den Weg zu Demokratie, Einhaltung der Menschenrechte und nachhaltiger Entwicklung aufzuzeigen. *(Applaus)*

Herr Jorge Paulo Oliveira, Vertreter des Parlaments der Republik Portugal, betont, dass der Ukraine-Krieg die extreme Abhängigkeit der Europäer von Russland sichtbar gemacht hat, die der Energiesicherheit des Kontinents schadet. Im zuzufolge sind Portugal und Spanien ein Teil der Lösung, da sich diese Länder Gas aus Afrika und von den USA liefern lassen können. Für den Weitertransport dieser Ressourcen nach Frankreich und in die anderen Staaten Europas müssen jedoch noch Lösungen gefunden werden, die die Verbindungen der

Länder untereinander verbessern. Herr Jorge Paulo Oliveira erinnert daran, dass diese Frage nicht neu ist, jetzt aber die Zeit reif ist, um sich damit sehr ernsthaft zu beschäftigen. Das ist die Erwartung der Europäer.

Herr Roland Lescure, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Nationalversammlung der Französischen Republik, dankt allen Parlamentariern für die Einhaltung der Redezeit sowie dem Senat der Republik Frankreich für die Organisation der Diskussion – sein besonderer Dank gilt Frau Sophie Primas als Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses. Er übergibt Herrn Guillaume Pitron das Wort für ein Schlusswort.
(Applaus)

Herr Guillaume Pitron, Journalist und Autor von *La Guerre des métaux rares. La face cachée de la transition énergétique et numérique*, schließt die Diskussion ab, dankt allen Parlamentariern für ihre Teilnahme und greift die verschiedenen Themen, die von ihnen angesprochen wurden, noch einmal auf.

Gegen die Idee, der zufolge fossile Energieträger weiter genutzt werden sollten, wendet er zunächst einmal ein, dass die Energiewende notwendig ist: Auch wenn eine Welt grüner Energien immense Herausforderungen birgt, so ist sie doch besser als eine Welt, die von Erdöl und Kohle abhängt.

Die ökologischen Kosten eines E-Autos sind nicht null: Ein E-Auto ist so sauber wie die Metalle, aus denen es gebaut ist, und der Strom, den es verbraucht. Damit spricht der Redner die kommende Umweltverschmutzung an: durch Bergwerke, die Verschmutzung der Böden und des Wassers. Er verweist darauf, dass diese Themen sehr schlecht formalisiert sind und dass die Bereitstellung zuverlässiger Kenntnisse, was die ökologische Wahrheit dieser Technologien ist, eine enorme Herausforderung darstellt.

Was die Abhängigkeit von Russland betrifft, so sind davon neben Gas und Erdöl strategische Metalle wie Palladium oder auch Nickel betroffen. Die Ukraine ist ein potentieller Lithiumproduzent. Im Donbass hatte sich bereits ein australisches Unternehmen, European Lithium, positioniert, um eine gigantische Lagerstätte auszubeuten. Die Ukraine ist also ein rohstoffreiches Land, nur können die Europäer zum Bedauern von Guillaume Pitron derzeit von diesem Lithium nicht profitieren.

Danach geht er auf die aktuellen sozialen Spannungen ein, die zu einer gerechteren Energiewende mahnen. Er erinnert daran, dass die Gelbwesten vor allem wegen der aufgrund der Finanzierung der Energiewende gestiegenen Benzinpreise protestiert hatten und analysiert diese Krise als erste soziale Krise der Energiewende. Die Gefahr einer unausgewogenen Energiewende als Ursache für neue soziale Spannungen ist real, aber es gibt Lösungen.

Europa hat ein sehr großes Bergbaupotenzial. Herr Guillaume Pitron verlangt, Bergwerke mit mehr Verantwortung zu entwickeln. Europa wäre absolut in der Lage, Kupfer und seltene Erden zu fördern, die Frage ist nur, ob gesellschaftliche Akzeptanz für diese Bergwerke vorliegt. Der Redner erinnert daran, dass im Finistère ein Lithiumvorkommen entdeckt wurde, es aber keiner ausbeuten möchte. Der Vorstandsvorsitzende von Anglo American hatte ihm dazu kürzlich anvertraut, dass die gesellschaftliche Akzeptanz durch die ortsansässige Bevölkerung der schwierigste Punkt ist. Ressourcen sind vorhanden, nur müssten zunächst die Bergbaugesetze reformiert werden, um einen nachhaltigen Abbau und damit eine bessere soziale Akzeptanz zu gewährleisten.

Herr Guillaume Pitron kommt danach auf das Thema des Recyclings seltener Metalle zu sprechen, das sehr kompliziert und kostspielig ist. Die entsprechenden, sehr teuren Investitionen verlangen nach langfristigen Strategien. Vor diesem Hintergrund ist Disruption

eine Innovationsbremse, da niemand weiß, ob Lithium, Kobalt oder diese und jene seltene Erde in zehn oder fünfzehn Jahren noch immer wettbewerbsfähig sein wird. Auch ist die Verwertung von Sekundärmaterial im Vergleich zu Primärmaterial schwierig, was mit Fluktuationen auf dem Rohstoffmarkt zusammenhängt. Langfristige Politiken fordern eine künstliche Wertsteigerung für Sekundärmineralien, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Das wäre eine Aufgabe für den Staat.

Herr Guillaume Pitron verweist schließlich darauf, dass der Abbau von Metallen in den Ozeanen eine interessante Frage ist und dass dort erhebliche Reserven lagern. Frankreich besitzt die zweitgrößte exklusive Wirtschaftszone weltweit und Portugal weiß, welches Potenzial im Ozean steckt. Allerdings ist der Redner persönlich gegen die Einrichtung von Bergwerken im Meer: Das wäre ein Dambruch gegenüber allen Bürgern und ein Bruch des Versprechens, den ökologischen Fußabdruck des Menschen zu begrenzen. Manganknollen ernten, um SUV (*Sport Utility Vehicle*) fahren zu können, konterkariert das nicht den Geist der Verträge von Paris? Diese Vorsichtsmaßnahme hat Symbolcharakter: Es gilt, die Forderung, mit weniger besser zu leben, zu respektieren. (*Applaus*)

Die Versammlung wird um 13.30 Uhr unterbrochen. Sie wird um 15.05 Uhr fortgesetzt.

Dritte Sitzung – Die Herausforderungen der europäischen Ernährungssouveränität

- Vorsitz von Frau Sophie Primas, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Senats der

Französischen Republik -

Frau Sophie Primas, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Senats der Französischen Republik, eröffnet die dritte Sitzung, welche der europäischen Ernährungssouveränität gewidmet ist, indem sie daran erinnert, dass die grundlegenden Tendenzen in diesem Bereich besorgniserregend seien. Jeden Tag stellten die europäischen

Verbraucher fest, dass sich die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten vergrößere und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Landwirtschaft verloren gehe. Konkrete Beispiele zeigten, wie schwierig es sei, die Einhaltung der geforderten Mindestproduktionsstandards in Europa für zahlreiche Lebensmittel aus Drittstaaten sicherzustellen. Dieser unlautere Wettbewerb führe in vielen Gegenden Europas dazu, dass landwirtschaftliche Flächen nicht mehr bewirtschaftet würden, was langfristig die europäische Souveränität bedrohe. Zugleich werde die Stellung der Landwirtschaft der EU auf den internationalen Märkten durch eine sehr offensive Politik zahlreicher Akteure gefährdet. Hierzu zähle insbesondere Russland.

Frau Sophie Primas weist darauf hin, dass der Krieg in der Ukraine den größten und den fünftgrößten Exporteur von Weichweizen gefährden. Zusammen mache dies annähernd 30 % der weltweiten Exporte aus. Zudem liefere die Ukraine fast 45 % des von Europa importierten Maises. Das Anbaugebiet für dieses Getreide sei von den Kämpfen stark betroffen. Die Rednerin erklärt, dass sich dieser Krieg aufgrund der gestiegenen Getreidepreise überall auf der Welt auswirken werde, insbesondere in den afrikanischen Ländern und im Mittleren Osten, und dass die gestiegenen Energiekosten zudem die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte belasteten. Zwar verfüge die Europäische Union über eine große Produktion und werde daher in der Lage sein, ihre Lebensmittelversorgung sicherzustellen, doch die Gefahren nähmen zu und die Stellung im weltweiten Export sei bedroht.

Frau Primas ist der Ansicht, dass die aktuellen Ereignisse dazu führten, dass die Landwirtschaft wieder stärker zu einer geostrategischen Priorität des europäischen Kontinents werde. Es ginge darum, die Erfordernisse der Produktion mit den Umweltprioritäten zu vereinbaren. Abschließend stellt Frau Primas die Frage, ob die *Farm-to-Fork*-Strategie, die

auf Annahmen über einen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion in den kommenden Jahren in Europa beruhe, für die Welt, die uns erwarte, vollständig geeignet sei. (*Applaus.*)

Herr Julien Dive, stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Nationalversammlung der Französischen Republik, betont, dass es sich bei der Frage der Ernährungssouveränität um eines der Hauptprobleme unserer Zeit handele. Die Covid-19-Krise und der Krieg in der Ukraine zeigten dies deutlich. In diesem Zusammenhang sei das außerordentliche Treffen der europäischen Landwirtschaftsminister, das am 2. März stattgefunden habe, zu dem Schluss gekommen, dass eine Rückbesinnung auf den Ernährungsauftrag der europäischen Landwirtschaft dringend geboten sei.

Herr Dive unterstrich, dass die Ernährungssouveränität des Kontinents für einige Zeit gesichert schien, insbesondere dank der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), deren vorrangiges Ziel es gewesen sei, die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern und die Versorgung der europäischen Bürgerinnen und Bürger mit Lebensmitteln sicherzustellen. Indem sie den Wandel der Landwirtschaftsmodelle begleitet habe, habe die GAP dafür gesorgt, dass die Europäische Union ein leistungsstarker Hersteller landwirtschaftlicher Erzeugnisse geworden sei. Die Europäische Union sei heute weltweit führend beim Export von Agrarerzeugnissen, beim Import belege sie Platz drei.

Im Jahr 2020 habe die Europäische Union einen Überschuss an Nahrungsmitteln in Höhe von mehr als 60 Milliarden Euro erwirtschaftet, heute bestünden Herrn Dive zufolge große Herausforderungen, die durch die aktuellen Ereignisse in den Vordergrund gerückt seien. Die Covid-19-Krise habe die einstige Furcht vor einer Nahrungsmittelknappheit, die von allen als überwunden angesehen worden sei, wieder aufleben lassen. Zwar habe sich die Nahrungsmittelkette als widerstandsfähig erwiesen, jedoch seien strukturelle Schwächen und Abhängigkeiten mehr als deutlich geworden. Als Beispiel verweist der Redner auf

pflanzliches Eiweiß: Da 90 % des europäischen Bedarfs importiert würden, bestünde ein großes Risiko für die Souveränität der Tierzucht. Im Übrigen kämen 57 % der Maislieferungen aus der Ukraine und ein Drittel der Düngemittel aus Russland. Wenn Ernährungssouveränität nicht Hand in Hand ginge mit Autarkie, sei es seiner Ansicht nach notwendig, offensiver vorzugehen, um die Sicherheit, Unabhängigkeit und das Landwirtschafts- und Ernährungsmodell Europas zu gewährleisten.

Was die aktuelle Krise betreffe, so fordert Herr Julien Dive, dass die Europäische Union bei der Unterstützung der Landwirtschaft mit von der Partie sei: In dieser Hinsicht gingen die Verwendung der Reserve für Krisen in der Landwirtschaft und die außergewöhnlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungleichgewichten auf dem Markt in die richtige Richtung.

Der Redner geht zu strukturellen Überlegungen über: Wenn die Ernährungssouveränität der europäischen Bürger sichergestellt werden sollte, müssten gleiche Handelsbedingungen gewährleistet und Wettbewerbsverzerrungen bekämpft werden. Die Europäische Union besäße auf jeder Stufe der Nahrungsmittelkette die weltweit strengsten Standards. Die Verbraucher könnten sich dadurch auf gesunde und qualitativ hochwertige Produkte verlassen. Leider würden 10-25 % der importierten Produkte die europäischen Umwelt- und Gesundheitsvorschriften nicht einhalten und nur 3-7 % der Waren tatsächlich kontrolliert werden. Die Fragen der Kontrolle und der Gegenseitigkeit müssten daher das Handeln der Europäer wesentlich bestimmen. Die französische EU-Ratspräsidentschaft solle Herrn Julien Dive zufolge die Gelegenheit sein, diesen Themen Vorrang einzuräumen. Die Frage nach der Systematisierung von „Spiegelklauseln“ in den Handelsverträgen, die von mehreren europäischen Ländern unterstützt werden, sei von entscheidender Bedeutung, um

einen unlauteren Wettbewerb zu verhindern, der den Zielen der Umwelt, der öffentlichen Gesundheit und den Landwirten schade.

Der Stärkung des Prinzips der Gegenseitigkeit komme nun, da die Umweltfrage eine überragende Rolle spiele, eine entscheidende Bedeutung zu. Unser Ernährungssystem müsse sich zu einem nachhaltigen und widerstandsfähigen Modell entwickeln, um dem Klimawandel begegnen und auf die neuen Ansprüche der europäischen Verbraucher reagieren zu können. Diese wählten immer häufiger eine lokalere, gesündere und weniger energieaufwendige Ernährung. Durch die Reform der GAP würden Ökoregime eingeführt: Die *Farm-to-Fork*-Strategie unterstütze bis 2030 die Reduzierung der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln um 50 % und die Ausweitung der durch ökologische Landwirtschaft bebauten Flächen auf 25 %. Dies entspreche einer Verdreifachung der Flächen innerhalb von zehn Jahren. Einige fragten sich, ob diese Ziele realistisch seien. Zweifellos seien sie ehrgeizig und erforderten eine weitere Harmonisierung und Gegenseitigkeit der Vorschriften sowie eine intensive Begleitung der Landwirte während des Wandels. Dies sei unabdingbar, damit kein Konflikt zwischen den Umweltzielen und den Zielen der Souveränität entstehe.

Es sei aus geostrategischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gründen unabdingbar, die Ernährungssicherheit der Europäischen Union zu gewährleisten. Die Union müsse in der Lage sein, eine lokale, gesunde und nachhaltige Ernährung zu liefern, die sich alle europäischen Bürger leisten könnten. Diese Herausforderungen seien aktueller denn je.

Der Redner hoffe, dass die Diskussionen dazu beitragen, die Überlegungen zu diesem Thema voranzubringen. (*Applaus.*)

Herr Norbert Lins, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments, unterstreicht die Bedeutung der

Souveränität und der Ernährungsautonomie im Zusammenhang mit dem russischen Einfall in die Ukraine. Er begrüße die Initiativen von Herrn Julien Denormandie in diesem Bereich und freue sich, dass die Staats- und Regierungschefs dieser Thematik eine Priorität eingeräumt hätten.

Es stelle sich die Frage nach der Unabhängigkeit bei den Rohstoffen. Der Krieg habe Folgen für die Nahrungsmittelversorgung in Europa, aber auch im Rest der Welt. Die Ukraine sei einer der größten Exporteure für Weizen und andere Getreide und insbesondere für pflanzliches Eiweiß. Das Land sei zudem der weltweit größte Exporteur für Sonnenblumen.

Der Konflikt werde unausweichlich zu einem Anstieg der Preise für diese Lebensmittel sowie zu Störungen der Lieferketten in Asien und Afrika führen, was Probleme bei der Nahrungsmittelversorgung nach sich ziehen werde. Je länger der Krieg dauere, desto problematischer werde die Versorgung mit Lebensmitteln, nicht nur in der Ukraine, sondern auf der ganzen Welt.

Auch wenn die Europäische Union in der Lage sei, sich selbst zu versorgen, werde sie als wichtige Produzentin und Exporteurin von Weizen und Ölpflanzen angesichts der Preise für Lebensmittel mit einer Herausforderung konfrontiert werden. Die Ernährungssicherheit hänge nicht einfach von einem Land oder einer Region ab. Der Krieg verlaufe in Europa, aber das gesamte weltweite Ernährungssystem sei betroffen.

Ernährungssouveränität bedeute, nicht von anderen Regionen abhängig zu sein, sich aber auch nicht von der Außenwelt abzuschotten. Die Europäische Union müsse widerstandsfähiger sein und das Prinzip der strategischen Autonomie verteidigen. Sie müsse sich dreier Risiken bewusst sein: erstens der Abhängigkeit von instabilen Ländern aus

politischen Gründen, zweitens internationaler Partnerschaften, die auch ein Instrument für wirtschaftliche und soziale Vorteile sein könnten sowie drittens des Klimawandels, der den Planeten zerstöre.

Die Europäische Union müsse sich auf ihre Resilienz, ihre Widerstandsfähigkeit, konzentrieren. Im Juni 2021 habe der EU-Umweltkommissar erklärt, dass die Priorität der Ernährungssicherheit in ihren herkömmlichen Ansätzen mit dem Auftreten neuer Herausforderungen in Frage gestellt worden sei. Dazu zählten beispielsweise die Biodiversität, der Kampf gegen Fettleibigkeit, der Umgang mit Lebensmittelabfällen oder der ökologische Fußabdruck.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments, für den die Frage der Ernährungssicherheit von sehr viel größerer Bedeutung sei, begrüße den Vorschlag eines Notfallplans, um den Bedarf in diesem Bereich zu decken. Es sei ein gemeinsamer europäischer Ansatz erforderlich, um Panik auf den Märkten zu vermeiden. Der Ausschuss habe daher eine Reihe von Maßnahmen entwickelt.

Zunächst müsse das Konzept der Ernährungssicherheit überarbeitet und die Abhängigkeit von Agrarrohstoffen vermieden werden, insbesondere von Getreide und Ölpflanzen. Diesbezüglich müssten Gesetzesvorschläge ausgearbeitet werden.

Sodann sei eine stärkere strategische Unabhängigkeit in Europa nötig. Dazu müssten wieder Düngemittel zur Verbesserung der Produktion verwendet werden, es sollte flexibler vorgegangen werden und es müssten nationale Strategiepläne umgesetzt werden, um die Anbaufläche zu verbessern. Brachliegendes Land müsse landwirtschaftlich genutzt werden, insbesondere für pflanzliches Eiweiß. Jede hergestellte Tonne sei nicht nur eine

zusätzliche Tonne für die Ernährungssicherheit, sondern auch eine Tonne gegen Putin, für den Frieden und für die Demokratie.

Um gegen Marktverwerfungen zu kämpfen, müsste schließlich der Reservefonds von 500 Millionen Euro gezielt zugunsten derer mobilisiert werden, die am stärksten von der Krise betroffen seien. Der Ausschuss habe vor kurzem das Krisenreaktionssystem eingeführt. Er habe die Folgen der Krise in der Ukraine für die Ernährungssicherheit diskutiert.

Der Redner hoffe, dass diese drei Serien von Maßnahmen eine Grundlage für die folgende Diskussion bilden könnten. (*Applaus.*)

Herr Andrius Vyšniauskas, Vertreter des Parlaments von Litauen, erinnert an die gegenwärtigen Debatten über den grünen Wandel und die Maßnahmen, durch die Europa sauberer und nachhaltiger werden soll. Die in diesem Zusammenhang definierten Ziele seien noch immer wichtig für das Wohl der Menschheit und des Planeten. Diejenigen, die einige Stunden nach dem Einfall in die Ukraine durch Putin gefordert hätten, den Europäischen Grünen Deal auszusetzen, irrten. Die Versprechen eines grünen Wandels müssten eingelöst werden, auch unter Berücksichtigung des Krieges und der Wirtschafts- und Ernährungskrise.

Die Ukraine produziere 11 % des weltweiten Weizens und könnte die Kornkammer Europas sein. Sie stelle zudem Gerste, Mais, Raps und Sonnenblumenöl her. Ohne den Krieg könnte sie noch größere Mengen produzieren und dazu beitragen, den Bedarf des europäischen Kontinents zu decken.

Indem man die Probleme der Nahrungsmittelknappheit in einigen Ländern Europas löse, helfe man der Ukraine bei ihrem Kampf gegen den Eindringling. Die Ukrainerinnen und Ukrainer kämpften mit all ihren Kräften. Die Europäer müssten ihnen die Mittel für diesen Kampf bereitstellen. Bei der Orangen Revolution seien Menschen gestorben,

weil sie den Wunsch gehabt hätten, dass die Ukraine Teil der Europäischen Union werde. Damals habe es Hunderte Tote gegeben, heute gebe es Tausende.

Die Europäische Union brauche die Ukraine, dies zeige die Nahrungsmittelkrise deutlich. Die EU solle das Land daher aufnehmen. Die Länder, die die Aufnahme blockierten, sollten ihre Meinung ändern. Dies wäre eine Lösung für Europa, das seine Kornkammer retten könne. (*Applaus.*)

Herr Franck Montaugé, Vertreter des Senats der Französischen Republik, unterstreicht, dass die europäische Ernährungssouveränität zu einem wichtigen Anliegen geworden sei. Die Pandemie und der russische Krieg gegen die Ukraine hätten die geopolitische Bedeutung der europäischen Landwirtschaft als Faktor für Frieden und Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten sowie weltweit wieder in Erinnerung gerufen. Die GAP stehe am Schnittpunkt zahlreicher Herausforderungen der Welt vom morgen. Dazu zählten beispielsweise Sicherheit und Qualität der Nahrungsmittel, Umwelt, Landleben, Energie und Gesundheit. Europa verfüge über eine leistungsfähige und diversifizierte Landwirtschaft, die sich ständig weiterentwickle, aber mit Schwierigkeiten konfrontiert sei: niedrigen Einkommen, hohen Belastungen, Missverständnissen zwischen Bürgern und Produzenten, zwischen Stadt und Land usw.

Man müsse nun mit Sofortmaßnahmen auf die Schwierigkeiten reagieren, die durch den Krieg in der Ukraine entstanden seien. Es bestehe das Risiko einer größeren Nahrungsmittelkrise. Sei es nicht sinnvoll, die Hilfen der GAP eine Zeit lang in den Getreidebereich umzuleiten? Gegebenenfalls müsse auch die Dringlichkeit zwischen Nahrungsmittelproduktion und Energieerzeugung abgewogen werden. Es bestehe dringender Handlungsbedarf im Bereich der strategischen Lagerung von Nahrungsmitteln. Wie sehe die Verhandlungsposition der Europäischen Kommission mit der Welthandelsorganisation

(WTO) aus? Welche Politik sei in Bezug auf Nahrungsmittelhilfen für die ärmsten Europäer nun nötig? Welche europäische Haushaltspolitik sei erforderlich, um die unentbehrliche *Farm-to-Fork*-Strategie umzusetzen?

Wie ehrgeizig sei die Europäische Kommission, wenn es darum gehe, dass die Landwirtschaft eine starke Antwort auf die strukturellen und konjunkturellen Probleme der Landwirte gebe und zugleich die strategische Autonomie der Europäischen Union vergrößere? Die europäische Landwirtschaft müsse eine geopolitische Priorität für die Zukunft sein. (*Applaus.*)

Frau Fulvia Michela Caligiuri, Vertreterin des Senats von Italien, erinnert daran, dass sich der Agrarsektor in einer Zeit großer Schwierigkeiten als sehr widerstandsfähig erwiesen habe. Er sei nun mit neuen Herausforderungen wie beispielsweise dem ökologischen Wandel oder der GAP konfrontiert. Trotz des geringeren Gesundheitsdrucks stehe er unter Anspannung. Die durch die Erhöhung der Preise für Energie und Rohstoffe entstandene politische Instabilität könnte das Produktionssystem der Agrar- und Ernährungswirtschaft blockieren, wodurch die Gefahr bestünde, dass die beispiellosen Anstrengungen, die im Rahmen der Pläne der Europäischen Union unternommen worden seien, zunichte gemacht würden.

Die Rednerin schlägt außergewöhnliche Maßnahmen zur Unterstützung des Sektors vor, wie die Bevorzugung der Produzenten von Getreidekulturen, bei denen die Mitgliedstaaten nicht selbstversorgend seien. Dabei müssten die Grundsätze der Subsidiarität und der Solidarität beachtet werden. Durch die Krise werde wieder deutlich, dass der Agrarsektor strategischen Charakter besitze. (*Applaus.*)

Herr Siniša Jenkač, Vertreter des Parlaments von Kroatien, betont, wie sehr die beiden Jahre der Pandemie sowie die Bedrohungen, die mit der Erhöhung der Preise für Energie und Nahrungsmittel verbunden seien, eine gemeinsame Antwort Europas erforderlich machten. Durch den Europäischen Grünen Deal, die *Farm-to-Fork*-Strategie sowie die europäische Strategie für Biodiversität habe man sich hohe Ziele gesetzt. Der Agrar- und Ernährungssektor müsse sich daher wandeln.

Die Befürchtungen der Produzenten im Hinblick auf die Auswirkungen dieser ökologischen Ziele auf die Ernährungssicherheit und die Versorgung müssten ernst genommen werden. Alle zur Verfügung stehenden Mittel, mit denen die Bedürfnisse der Akteure der Produktionskette mit den hohen Standards der Europäischen Union im Bereich der Gesundheitssicherheit von Lebensmitteln in Einklang gebracht werden könnten, müssten Anwendung finden. Es dürfe nicht sein, dass die Landwirte die einzigen seien, die den Preis für den Übergang zu einer nachhaltigen Produktion bezahlten.

Angesichts des Preisanstiegs und des Klimawandels seien Maßnahmen zur Krisenbewältigung im Ernährungssektor nötig. Sie dürften jedoch nicht allein in die Zuständigkeit des Landwirtschaftsfonds fallen, auch andere europäische Fonds müssten mobilisiert werden.

Durch einen Rahmen, in dem die Gegenseitigkeit der Standards und Regeln für landwirtschaftliche Produzenten in und außerhalb Europa sichergestellt werde, könnten unlautere Handelspraktiken in der Produktionskette für Lebensmittel verhindert und die Sichtbarkeit europäischer Produkte verbessert werden. Das Vertrauen der Verbraucher in europäische Produkte könne nur durch gemeinsames Handeln aller Akteure des Sektors verstärkt werden. Kurze Kreisläufe, mit denen der geringste ökologische Fußabdruck

verbunden ist, müssten bevorzugt werden. Zudem sollten die Produzenten ermutigt werden, sich zusammenzuschließen. (*Applaus.*)

Herr Andreas Minnich, Vertreter des Nationalrats von Österreich, unterstreicht, dass Europa über die sichersten Lebensmittel verfüge, bedauert aber, dass sich ihre Produktionskosten aufgrund des durch den Krieg in der Ukraine, der Kornkammer Europas, verursachten Anstiegs für Produktionsmittel und Energie erhöhten. Er befürchtet, dass sich dieser Krieg sehr stark auf unsere Versorgung auswirken werde.

Angesichts dieser Krise spricht er sich dafür aus, die Umsetzung des Europäischen Grünen Deals auszusetzen und sich stattdessen auf die Lebensmittelversorgung zu konzentrieren. Es müsse verhindert werden, dass sich die Konflikte aufgrund von Hunger und Nahrungsmittelknappheiten auf andere Regionen ausweiteten. Dabei handele es sich seiner Ansicht nach um eine moralische Verpflichtung, der sich Europa nicht entziehen dürfe. (*Applaus.*)

Herr Celso Delgado, Vertreter des Abgeordnetenhauses von Spanien, stellt ebenfalls fest, dass der Krieg in der Ukraine den Lebensmittelsektor, der bereits wegen des kontinuierlichen Anstiegs der Energiepreise unter Druck stehe, hart treffe. Die Probleme bei der Versorgung mit Mais, Weizen, Sonnenblumen und Düngemitteln hätten negative Auswirkungen auf Landwirtschaft und Tierzucht in der EU. Die Union müsse außergewöhnliche Maßnahmen ergreifen, um auf eine außergewöhnliche Situation zu reagieren. Es sei zudem notwendig, gemeinschaftlich daran zu arbeiten, dass Europa im Lebensmittelsektor autonom werde. Spanien werde sich daran beteiligen.

Herr Delgado unterstrich, wie wichtig es sei, die Strategien für die Agar- und Ernährungswirtschaft der Europäischen Union neu zu denken. Die Standards für Importe

müssten gelockert werden, gleichzeitig seien jedoch die Sicherheit und Unbedenklichkeit von Lebensmitteln zu wahren. In seinen Augen sei es von entscheidender Bedeutung, über mehr Anbauflächen innerhalb der Union zu verfügen, um zu vermeiden, dass die Versorgungsketten reißen. Schließlich weist er darauf hin, dass die am stärksten betroffenen Bereiche dringend finanziell unterstützt werden müssten. Hierzu sollten die Direktzahlungen der GAP angepasst werden. Es sei sicher nötig, an die Entwicklungsländer zu denken, es müsse aber vor allem an die Landwirtschaft und Fischerei in Europa gedacht werden. Herr Delgado schließt seine Ausführungen, indem er seinen Sorgen um die europäischen Fischer Ausdruck verleiht, die unter den unerschwinglichen Treibstoffkosten litten. (*Applaus.*)

Für **Herrn Brian Leddin, Vertreter der Nationalversammlung von Irland**, sei der Krieg in der Ukraine ein Warnsignal, welches die Europäische Union dazu bringen müsse, ihr System der Nahrungsmittelversorgung zu überdenken. Er weist auf die Umweltkosten hin, die durch die Entwicklung der europäischen Landwirtschaft in der Vergangenheit entstanden seien. Auch wenn die Biokraftstoffe ein Teil der Lösung sein könnten, so sei er doch beunruhigt darüber, dass Flächen, die gegenwärtig zur Produktion von Nahrungsmitteln genutzt würden, dann nicht mehr zur Verfügung stünden. Anhand älterer Beispiele hebt er die Vorteile kurzer Kreisläufe im Vergleich zu Systemen, die seit Jahrzehnten verwendet würden, hervor. Er erkennt jedoch an, dass eine solche Transformation für Irland eine große Herausforderung darstellen würde. Sein Land exportiere 95 % seiner landwirtschaftlichen Produktion. (*Applaus.*)

Herr Lorenzo Viviani, Vertreter der Abgeordnetenkammer von Italien, erkennt an, dass das Drama in der Ukraine die Schwächen des europäischen Versorgungssystems zu Tage gefördert habe. Diese Schwächen müssten im Rahmen des Europäischen Grünen Deals und des *Farm-to-Fork*-Programms korrigiert werden. Er sei

weiterhin überzeugt davon, dass Europa seinen Bedarf an Lebensmitteln eigenständig decken und dennoch die Umwelt schützen könne. Seiner Ansicht nach sei der gegenwärtige Zeitpunkt ideal, um Lehren zugunsten der europäischen Fischer, Tierzüchter und Landwirte, also der Beteiligten eines herausragenden Sektors in Europa, zu ziehen. Er zeigte sich erfreut über die vorangegangenen Ausführungen zum Prinzip der Gegenseitigkeit bei den Standards. Dieser Grundsatz sollte der Maßstab für alle weiteren europäischen Entscheidungen sein.

Herr Viviani unterstreicht zudem, dass es wichtig sei, die Entscheidungen über stillgelegte Flächen zu überprüfen und betont, dass die landwirtschaftliche Produktion innerhalb Europas auf Gegenseitigkeit beruhen müsse, damit der Fortbestand der Betriebe gewährleistet sei. Er erinnert daran, dass während der Produktion immer auch die Belange der Umwelt berücksichtigt werden müssten.

Zum Abschluss seiner Ausführungen sagt Herr Viviani schwierige Zeiten voraus, da es sehr schwierig sei, das System in so kurzer Zeit zu reorganisieren. (*Applaus.*)

Herr Norbert Lins, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments, betont, wie wichtig es für die Europäische Union sei, angesichts der aktuellen Risiken für die Agrarmärkte schnell die richtigen Entscheidungen zu treffen. Seiner Ansicht nach dürfe man in den kommenden Wochen nichts ausschließen, wenn die Preise, insbesondere für Düngemittel, weiter anstiegen. So sei es vorstellbar, dass die Staaten direkt intervenierten und Staatsgarantien einführten oder die Unternehmen sogar verpflichteten, Düngemittel herzustellen, um gute Ernten zu sichern. In seinen Augen sei Europa seit den Anfängen der GAP noch nie mit einer solchen Situation konfrontiert gewesen. Er hoffe, dass die Kommission ab dieser Woche oder spätestens beim Rat für Landwirtschaft und Fischerei der folgenden Woche ein relativ

umfassendes Paket vorschlagen könne. Dies sei in jedem Fall der Mehrheitswunsch des Ausschusses für Landwirtschaft des Europäischen Parlaments.

Als Antwort auf Frau Fulvia Michela Caligiuri, die die Kennzeichnung und den Nutri-Score erwähnte, der in Italien kritisiert werde, erkennt Herr Lins an, dass Anpassungen ins Auge gefasst werden müssten. Die aktuelle Situation erfordere schnelle Antworten und gegebenenfalls direkte Markteingriffe der Staaten.

In Bezug auf Herrn Siniša Jenkač, der die europäischen Behörden nachdrücklich dazu auffordere, sich mit dem Europäischen Grünen Deal zu befassen, weist Herr Lins darauf hin, dass es ohne Zweifel Probleme bei der Verteilung der Tierzucht zwischen europäischen Regionen gebe. Einige produzierten weniger als 20 % oder 30 % der grundlegenden Menge. Es sei erforderlich, ein angemessenes Gleichgewicht zu finden.

Wie Herr Brian Leddin ist Herr Lins der Ansicht, dass die kurzen Zyklen in der Landwirtschaft bevorzugt werden müssten, auch wenn dies nicht immer möglich sei. In seiner Heimatregion hätten leider zu viele kleine Schlachthäuser zugunsten großer Unternehmen geschlossen. Die Tiere müssten deswegen oft über weite Strecken transportiert werden.

Ebenso wie Herr Lorenzo Viviani vertritt Herr Lins die Meinung, dass der Grundsatz der Gegenseitigkeit wichtig sei. Die Normen und Standards müssten angehoben werden, um die Qualität und Sicherheit unablässig zu verbessern.

Als Antwort auf Herrn Franck Montaugé betont Herr Lins, dass in seinem Ausschuss die Meinungen bezüglich der Entwicklungen der GAP weit auseinandergingen. Er weist auf die Wichtigkeit direkter Zahlungen hin, insbesondere für die Investitionen in die Landwirtschaft. Auch wenn die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klima, der Umwelt und dem Tierwohl von größter Bedeutung seien, so müsse der wichtigste Grundsatz

der GAP darin bestehen, dass diese Herausforderungen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften.

Im eigenen Namen und als Antwort auf Herrn Andreas Minnich erachtet es Herr Lins als notwendig, bestimmte Elemente der GAP, wie das Brachland von 4 %, neu zu bewerten.

Was die Auswirkungen der Standards auf den internationalen Austausch angeht, um den sich Herr Celso Delgado sorgt, weist Herr Lins auf die Notwendigkeit hin, ein angemessenes Gleichgewicht zu finden, um zu verhindern, dass die Vergeltungsmaßnahmen andere Wirtschaftszweige treffen. (*Applaus.*)

Zum Abschluss der Konferenz begrüßt **Herr Julien Dive, stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Nationalversammlung der Französischen Republik**, die Fülle der zur strategischen wirtschaftlichen Autonomie der Europäischen Union durchgeführten Arbeiten.

Im Rückblick auf die erste Sitzung des Tages, welche der strategischen Autonomie in den Industriezweigen der Zukunft gewidmet war, entnimmt Herr Dive den verschiedenen Beiträgen, dass die aufgetretenen Lieferschwierigkeiten bei bestimmten Materialien und Komponenten, welche insbesondere aus der Covid-19-Pandemie resultierten, dazu beigetragen hätten, aus der strategischen wirtschaftlichen Autonomie, vor allem im industriellen Sektor, ein Hauptziel der Union zu machen. Die von der Europäischen Union als Reaktion auf den Einfall Russlands in die Ukraine beschlossenen Wirtschaftssanktionen stellten ihrerseits auf akute Weise die Frage nach der Widerstandsfähigkeit der europäischen Wirtschaft bei externen Schocks.

Nach Ansicht von Herrn Dive müsse diese Erkenntnis die Mitgliedstaaten dazu bringen, dringend gemeinsame Überlegungen darüber anzustellen, wie sich Wertschöpfungsketten und Versorgung am besten sicherstellen ließen. Er zweifle nicht daran, dass dies ein Kernthema der französischen EU-Präsidentschaft sein werde.

Nach der zweiten Sitzung, die sich mit der strategischen Autonomie im Energiesektor befasste, ist Herr Dive davon überzeugt, dass der Konflikt, der an den Toren Europas tobe, dazu zwingt, die Energiewende zu beschleunigen, um die europäische Abhängigkeit von russischen Kohlenwasserstoffen zu verringern und die Sicherheit der Union zu gewährleisten. Ökologischer Wandel und strategische Unabhängigkeit gingen Hand in Hand.

Herr Dive betont jedoch, dass die Energiewende auf einer Unwägbarkeit beruhe: der Abhängigkeit von seltenen Metallen. Diese Metalle müssten letztlich importiert werden, sie seien unabdingbarer Bestandteil der erneuerbaren Energien, von elektrischen Batterien und Wasserstoff-Elektrolysezellen. Wie der französische Staatspräsident beim Gipfel von Versailles am vorherigen Freitag ausdrücklich sagte, müsse die Europäische Union schnell eine Strategie zur Sicherstellung der Versorgung mit strategischen Metallen für die Energiewende verabschieden, die an das „Fit-for-55“-Paket angelehnt sei. Die Europäische Union müsse zugleich dringend ihre Importabhängigkeit von Kohlenwasserstoffen und strategischen Metallen aus Russland verringern.

Was schließlich die Frage der strategischen Autonomie im Agrarsektor betrifft, die Gegenstand der dritten Sitzung war, so vertritt Herr Julien Dive die Ansicht, neben dem Klimawandel habe der Krieg in der Ukraine, der in einem wichtigen Produktionsgebiet für Getreide, Sonnenblumen und Raps geführt werde, an die strategische Notwendigkeit erinnert,

in Bezug auf Landwirtschaft und Ernährung autonom zu sein. Dieser Krieg habe dauerhafte Auswirkungen auf die internationale Agrar- und Ernährungswirtschaft.

Nach Meinung von Herrn Dive seien als Reaktion auf die Krise weitreichende Maßnahmen erforderlich, um das europäische Produktionspotenzial zu erhalten, die weltweiten Märkte zu stabilisieren und die stark von Agrarimporten abhängigen Staaten ausreichend zu versorgen. Die Ernährungssouveränität müsse erneut eine politische Priorität ersten Ranges für alle Mitgliedstaaten darstellen, um eine wesentliche Ausprägung der strategischen wirtschaftlichen Autonomie der Union zu werden. Dabei handele es sich nicht nur um eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch um ein Gebot des Umweltschutzes, da durch die Ernährungssouveränität der ökologische Fußabdruck der europäischen Versorgung mit Nahrungsmitteln verringert werden könne, indem weniger Treibhausgase beim Transport von Lebensmitteln entstünden. Gleichzeitig werde eine lokalere Ernährung gefördert, welche die weltweit als anspruchsvoll anerkannten Umweltstandards einhalte.

Der Redner schließt seine Ausführungen, indem er darauf hinweist, dass die internationale Krise, die die tägliche Arbeit vollständig bestimmt habe, die Europäer zwingt, der Welt von morgen, die Hoffnungen ebenso wie Bedrohungen mit sich bringe, ins Gesicht zu blicken. In dieser Welt komme den Parlamentariern der Mitgliedstaaten der EU die Aufgabe zu, ein „Europa der Stärke“ entstehen zu lassen. Es werde dringend gebraucht, wie sich jeden Tag deutlicher zeige. (*Applaus.*)

Frau Sophie Primas, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Senats der Französischen Republik, bringt abschließend ihre Zufriedenheit darüber zum Ausdruck, dass durch diesen Tag des fruchtbaren Austausches Wege eröffnet werden konnten, insbesondere auf dem europäischen Strommarkt sowie in der Landwirtschaft. Diese Wege müssten in den kommenden Monaten beschrritten und erforscht werden. Frau Primas sieht in

den Debatten ein Zeichen der Vitalität des europäischen Parlamentarismus. Es ehre die Europäische Union und ihre Mitglieder, wenn sie sich solche Diskussionsräume bewahre, umso mehr in Zeiten, in denen in Europa Krieg geführt werde. Frieden entstehe aus der Konfrontation der Ideen und dem Vertrauen auf kollektive Intelligenz. Dem Mythos der angeblichen Effizienz autoritärer Systeme lasse sich entgegenreten mit der Überzeugung, dass Debatten und parlamentarische Prozesse letztlich zu den besseren Ergebnissen führten.

Frau Sophie Primas ist der Ansicht, dass die nationalen Parlamente bei der Definition der strategischen wirtschaftlichen Autonomie und ihrer konkreten Umsetzung gehört werden müssten. Es sei entscheidend, die interparlamentarische Zusammenarbeit mit Leben zu füllen, zum Beispiel mit gemeinsamen Fahrten zu Standorten der Industrie, Landwirtschaft oder Energieerzeugung. Vor der Gesetzgebung sollten zudem die Gegebenheiten in den verschiedenen Ländern der Union häufiger miteinander verglichen werden. Das europäische Recht müsse von den nationalen Parlamenten weniger als Einschränkung wahrgenommen werden, sondern als Materie, die man gemeinsam gestalten könne. Umgekehrt dürften die europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten das Subsidiaritätsprinzip und die Einbeziehung der nationalen Parlamente nicht als Bremse ansehen. Ihre Diskussionen dienten nicht der Aufschiebung, sie seien vielmehr die Gewähr für eine stärkere Akzeptanz der Rechtsnormen.

Nach Meinung der Rednerin werde durch die Konferenz deutlich, dass diese Fragen nicht ideologisch angegangen werden dürften. Europa sehe sich mit dem alten Dilemma zwischen Freiheit und Sicherheit konfrontiert: Entweder man nutze so weitgehend wie möglich die Globalisierung und setze sich Krisen mit schwersten Folgen aus oder man versuche, diese Erschütterungen zu vermeiden, und nehme eine weit weniger dynamische Wachstums- und Innovationskurve in Kauf. Dieses Dilemma lasse sich nur mithilfe von

Weisheit und Augenmaß lösen, selbst wenn dies bedeute, sich von bestehenden Doktrinen und Strategien zu lösen. Der Dialog mit den Wirtschaftsakteuren sei diesbezüglich eine Gewähr für Pragmatismus und Ausgewogenheit.

Anstatt den länderübergreifenden Handel und die internationale Arbeitsteilung in der Produktion, welche mit viel Geduld aufgebaut wurden, wieder rückgängig zu machen, um eine trügerische Autarkie oder einen systematischen Standortwechsel zu erreichen, müsse nach Ansicht von Frau Sophie Primas das Konzept einer „offenen strategischen Autonomie“ verteidigt werden, Dabei handele es sich um einen Kompromiss des gesunden Menschenverstandes, der länger währe als die Alarmsirenen des Protektionismus, die nur dazu führten, dass das Pendel zu stark in die Gegenrichtung ausschlage. Dennoch bleibe das Ziel ehrgeizig, da die Union sich noch nicht auf eine ausreichende wirtschaftliche Autonomie verlassen könne, um die Sprache der Stärke zu sprechen.

Frau Sophie Primas schätzt daher, dass die von der Kommission in den vergangenen Monaten vorgeschlagenen europäischen Strategien und Rechtsnormen für die kommenden Jahre entscheidend seien. Die Union habe eine Verabredung mit ihrem Schicksal. Der Senat und die Nationalversammlung der Französischen Republik würden während der französischen EU-Ratspräsidentschaft versuchen, Einfluss auf die Leitlinien zur strategischen wirtschaftlichen Autonomie zu nehmen, indem sie sich auf die Arbeiten dieser Konferenz stützten.

Frau Sophie Primas drückt schließlich den Wunsch aus, dass die Schlussfolgerungen dieser Konferenz, die am Ende der Diskussionen veröffentlicht würden, diese nicht abschließen, sondern den Ausgangspunkt für gemeinsame und entwicklungsfähige Überlegungen über die strategische wirtschaftliche Autonomie bildeten. (*Applaus.*)

Die Versammlung wird um 16.15 Uhr geschlossen.